

Der Grundstein.

Öffizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Steinmetze Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Bezugnahme unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantwortl. Redakteur: F. Paeplow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Bremmerstr. 11, 1. Et.

Berlitz-Anzeigen
für die dreigesparte Zeitzeits oder
beren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Agiert kräftig für die Stärkung der Organisation. **Verbandskollegen!** Haltet Euren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die Lohnsysteme. — Allgemeiner Heimarbeiter-Schongang. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Abrechnung des Verbandes für das 4. Quartal 1903. Berichte. Alterset. „Christliches“. — Zentral-Krankenkasse. — Abrechnung für das 4. Quartal 1903. Quittung. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streitabrechnung. — Anzeigen.

Die Lohnsysteme.

VII.

Schlussschrift.

Allgemein haben jetzt die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, insbesondere die großen Centralverbände, anerkannt, daß man zu Tarifgemeinschaften, zu korporativen Arbeitsverträgen mit dem Unternehmertum gelangen müsse. In einigen dieser Verbände ist man der Ansicht, daß der Akkordlohn, womit man mit ihm rechnen müsse, genau so zu tarifieren sei wie die Zeitlohnarbeit. Für unseres Verband ist das, entsprechend den Verhältnissen im Bauwesen, eine offene Frage. Wir haben nach wie vor den entscheidenden Wert auf möglichste Beseitigung der Akkordarbeit zu legen, und es befindet sich uns bis jetzt kein Anlaß, die Tarifierung der Akkordarbeit ins Auge zu fassen. Als generelle Regel aber für derartige Vereinbarungen wäre nach unserer Meinung festzuhalten, daß man von einem möglichst hoch bemessenen Stundenlohn unter möglichster Beschränkung des Arbeitstages ausgeht und dem Grundzustand Geltung gibt, daß der Lohn für die Akkordarbeit eines Arbeitstages mindestens dem für diesen Arbeitstag geleisteten Zeitlohn gleichkommen muß. Erzielt bei entsprechender Durchschnittsleistung die Akkordarbeit weniger Lohn, so ist der Betrag hinzuzuzahlen, der dem Unterschied zwischen diesem Weniger und dem gezahlten Zeitlohn entspricht.

Das würde, wenn schon im Tarifwesen die Akkordarbeit Beseitigung finden soll, das einzige mögliche Regulativ für den Wertausgleich zwischen den beiden Lohnformen sein. Wo die Arbeiter nicht umhin können, sich mit der Akkordarbeit abzufinden, da sollten sie wenigstens bemüht sein, eine möglichst hohe Maßeinheit des Lohnes zu erzielen. Die Arbeiter müssen, wenn sie schon die Akkordarbeit in den Kauf zu nehmen haben, umgekehrt verfahren wie die Unternehmer. Diese nehmen in stetem Wechsel möglichst niedrigen Zeitlohn an als das Maß für möglichst niedrigen Akkordlohn, und dann wieder diesen niedrigen Akkordlohn als Maß für den Zeitlohn. Die Arbeiter müssen die Prämisse umdrehen. Festlegung eines möglichst hohen Zeitlohnes, der dem Wesen eines Minimallohn entspricht. Und dann müssen sie dafür sorgen, daß der Akkordlohn nicht unter diesen Minimallohn sinken kann. Sie werden das aber nur dann können, wenn hinzukommt: Die Verkürzung und Festlegung der Arbeitszeit, welche sowohl für die Zeitlohnarbeiter wie für die Akkordarbeiter gilt, die weder von dem einen noch von dem anderen überschritten werden darf. Damit ist der Verkürzung der Arbeitszeit beider eine Grenze gesetzt.

Und weiter: Es ist mit äußerster Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß der Akkordarbeiter wie der Zeitlohnarbeiter keine Berrichtung, keine Maßnahme,

dazu dient, seine Gesundheit und sein Leben im Betriebe zu schützen, unbeachtet läßt, daß er ihr gewissenhaft gegen sich selbst entspricht. Wir stellen ohne jedes Bedenken die Behauptung auf, daß eine gute, ausreichende Unfallverhütungspraxis einen sehr günstigen Einfluß auf das Lohnverhältnis im Interesse des Arbeiters ausübt. Die Arbeiter müssen durch diese, der Tendenz der Akkordarbeit schärf entgegenwirkende Praxis gezwungen werden, auf den Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens gewissenhaft bedacht zu sein; der Mann des kapitalistischen Ausbeutungsinteresses muß gebrochen werden, der dem Arbeiter nicht erlaubt, bei seiner Arbeit einen anderen Gedanken zu haben, als den, wie man möglichst viel Arbeit liefert, so daß er nur zu leicht die nötigen Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung oder wenigstens zur Verminderung der Gefahr vergisst. Die Beteiligung der Arbeiter an der Betriebskontrolle gewinnt in diesem Zusammenhang noch eine andere weitergehende Bedeutung, als ihr gewöhnlich beigegeben wird; ihre gute Wirkung geht auch in der Richtung der Lohnfrage, denn Schutz der Arbeiter bedeutet Einschränkung der Ausbeutung. Anspruchnahme von mehr Zeit für die Erzeugung eines bestimmten Maßes an Produkten, also höhere Bewertung der Arbeitskraft, die ihren Ausdruck im Arbeitslohn findet.

In derselben Richtung wirken die Beseitigung der so viel bestagten Schäden des Submissionswesens, des Zwischenunternehmertums, die Strohmänner im Bauwesen, die gewissenlosen Bauspekulationen etc.

Und auch das ist nicht zu vergessen, daß die Erziehung, die Bildung, die Aufklärung der Arbeiter noch bedeutend gefördert, daß ihr Klassenbewußtsein und ihr Solidaritätsbewußtsein geweckt und gestärkt werden muß. Vor allen Dingen müssen sie die wirtschaftlichen Gesetze und Zusammenhänge, das Wesen, den Charakter, die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren und innerhalb alles dessen sich selbst erkennen lassen. Guten Teiles ist die Lohnfrage doch auch eine Bildungsfrage, wie die soziale Frage überhaupt.

Die Erfüllung all dieser Aufgaben liegt wesentlich mit auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Wenn auch nicht immer jedem ohne weiteres erkennbar, so doch ganz sicher steht alles, was diese Organisation wirkt und noch mehr wirken könnte und müsste, im engsten und un trennbarsten inneren Zusammenhang mit der Lohnfrage.

* * *

Neben der Bekämpfung der Akkordarbeit durch die Arbeiterorganisationen ist aus diesem Grunde seit Anfang der neunziger Jahre sehr lebhaft die Frage des gesetzlichen Verbots der Akkordarbeit diskutiert worden. Man hat gerügt, daß das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht die Forderung dieses Verbots enthalte. Darüber ist zur Information für unsere Leser ganz objektiv folgendes zu bemerkern:

Im sogenannten „Eisenacher Programm“ vom Jahre 1868 hieß es: „Die sozialdemokratische Partei erstrebt unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den

vollen Arbeitsvertrag für jeden Arbeiter.“ Als im Jahre 1875 die Einigung der „Lassalleianer“ und der „Eisenacher“ in Gotha zu stande kam, wurde in dem neuen Programm für die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ Rücksicht genommen auf die von den „Lassalleianern“ energisch verteidigte Lassalle'sche Theorie vom „ehernen ökonomischen Lohngebot“ und demands gefordert: „die Beseitigung des ehernen ökonomischen Lohngebotes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit“.

Nach dem Fall des Sozialstengesetzes 1890 nahm die Partei eine Revision ihres Programms vor. Die Ansichten über die Formel „ehernes ökonomisches Lohngebot“ hatten sich geändert. Die Mehrheit des Partei erkannte ihre Unhaltbarkeit. Schön Marx hatte erklärt, das eherne Lohngebot sei eine „ökonomische Fiktion“, bei bürgerlichen Nationalökonomie entnommen. Es wurde geltend gemacht, der Ausdruck sei von Lassalle nur agitatorisch gebraucht worden; er habe keinen Zweck auch erfüllt, indem er etwas Unsinnliches, Greifbares bot. Aber wissenschaftlich sei er nicht. Liebknecht sagte auf dem Gothaer Kongreß: „Wenn es ein ehernes Lohngebot gäbe, wenn der Lohn auf das absolute Minimum herabgedrückt werden könnte, dann wäre es ja nicht möglich, daß in einem und demselben Lande in einer und derselben Branche ganz verschiedene Lohnzustände herrschen. Es müßte deshalb eine präzisere Formel gewählt werden, welche die Natur des heutigen Produktionsprozesses und die ihn bedingende systematische Ausplunderung der Arbeiter umfassend und klar zum Ausdruck bringe.“

So wurde denn Verzicht geleistet auf die Formel „ehernes Lohngebot“. Was ihren berechtigten Inhalt bildet: die notwendige Proletarisierung und Enteignung der Arbeiter durch das Kapital, das sollte, nach Liebknechts Erklärung, auf dem Erfurter Parteitag 1891 durch den ganzen prinzipiellen Teil des Programms körpert und zutreffend ausgedrückt werden. Von „ehernen Lohngebot“ vom Lohnsystem und vom Arbeitsvertrag ist im Erfurter Programm nicht mehr die Rede und kann im Rahmen der Prinzipienklärung auch gar nicht die Rede sein; denn diese Erklärung ist scharf und präzis in der Betonung der Notwendigkeit des Kampfes der Arbeitersklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung überhaupt, für die Veränderung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum — eine Umgestaltung, welche die Beseitigung der Lohnarbeit bedeuten würde.

Erscheint es unter diesen Gesichtspunkten angängig, in das sozialdemokratische Programm die Forderung des gesetzlichen Verbotes der Akkordarbeit aufzunehmen? Diese Frage ist stiftig. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat schon einige Male entschieden das Antritt abgelehnt, im Reichstage das gesetzliche Verbot zu beantragen. Sie hat geltend gemacht, ein solches Verbot würde das kapitalistische System nicht treffen; denn wenn dasselbe die Möglichkeit habe, die Arbeitszeit vorzuschreiben und die Arbeiter zur möglichst Leistung zu zwingen, so könne es dem Kapital ganz gleichgültig sein, ob es im Zeitlohn oder im Akkord arbeiten läßt. Deshalb hat sich die Fraktion nicht für das gesetzliche Verbot der Akkordarbeit erklärt. Sie hat in der Lohnfrage das entscheidende Gewicht gelegt auf die gesetzliche

Negelung der Arbeitszeit für alle Arbeiter, ohne Unterschied des Berufes, des Alters und des Geschlechts. An diesem Punkt muß der Hebel angelegt werden, wenn die Frage des Arbeitslohnes mehr und mehr, speziell auch in der Richtung gegen die Aftordarbeit, dauernd zu Gunsten der Arbeiter entschieden werden soll. Hinzukommen muß der organische Ausbau der Arbeiterorganisation als beruhter Träger eines wirklichen und kollektiven Vertragsverhältnisses zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum.

Allgemeiner Heimarbeiterkongress.

Vom 7. bis 9. März tagte in Berlin unter zahlreicher Beteiligung sowohl der direkt dabei in Betracht kommenden Berufe, als auch vorwiegend bürgerlicher Sozialreformer ein allgemeiner Heimarbeiterkongress.

Die Präzessie des Kongresses weist 188 Teilnehmer auf. Als Gäste sind u. a. anwesend: der Regierung und Gewerbeaufsicht Berlin, die Gewerbe-Inspektoren Dr. Fijer - Berlin, Dr. Gischede - Berlin, die Gewerbe-Inspektoren Lampé und Dr. Weipholz, sowie die Gewerbe-Inspektions-Offizientinnen Fraulein Conrad, Fraulein Kummert, ebenfalls aus Berlin; ferner der Decernent beim Berliner Polizeipräsidium, Regierungsrichter Dr. Schmöller, sowie der Magistrat Dr. von Schulz, der Bürgerdeputierte Dr. A. Ledig - Berlin, Prof. Dr. Albrecht, Geschäftsführer der Zentralstelle für Arbeiterschaftsbildungsstrebungen.

Unter den Delegierten befinden sich: der Arbeiterschreiter Greulich - Zürich, die Reichstagsabgeordneten Neubauer, Vogt, Dr. Heinrich Braun, v. Elm, ferner die Vertreterin des sozialdemokratischen Frauen-Deutschlands, Fraulein Baader, weiter Frau Befkin, Frau Thiel, Frau Dr. Marie Hoffmann, Frau Lilli Braun, Frau Giese - Hamburg, Professor Sombart, Professor Bräuer und viele andere in der Arbeiterschaftsbildung und für Arbeiterschaftsbildung wirkende Personen. Die Generalversammlung der Gewerkschaften Deutschlands ist vollständig vertreten; der Vorsitzende derselben, Reichstagsabgeordneter Legien, eröffnet um 10 Uhr die Verhandlungen mit folgender Ansprache:

"Unfang und Art der Bezeichnung dieses Kongresses zeigt, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die nicht bloß die Arbeiterschaft interessiert, die unter der Heimarbeit allerdings am meisten leidet, sondern auch die große Masse der Bevölkerung als Konsumanten der Produkte der Heimarbeit, weil dieser Betrieb eine beständige Gefahr für das soziale Publikum ist. Wir haben uns deshalb nicht darauf beschränkt, die Vertreter der Arbeiterschaft zu laden, sondern auch die Vertreter der Behörden: das Reichsamt des Innern und das Gewerbeaufsichtsrat. Eine große Zahl der Gewerbe-Inspektoren ist unserer Einladung gefolgt. Anders leider hat es die Regierung gehalten. Das Reichsamt des Innern, gezeichnet Rojatowski, teilte uns heute früh mit, daß es leider nicht in der Lage sei, einen Vertreter zu diesem Kongress entsenden zu können. (Wiederholtes Hört hört!) Offen gestellt, bezüglich uns diese Ablehnung nicht zu tief. Allmählich ist durch die vielfache Ablösung unserer Einladungen ein genügend Gefühl der Gleichgültigkeit in uns entstanden. (Sehr gut!) Wir hätten eine gewisse Genugtuung darüber empfunden, wenn das österreichische Handelsministerium, eine Auslandsdelegation entsandt und damit ein größeres Interesse an unseren Verhandlungen und Bestrebungen befunden hätte, als die Auslandsregierung. Diese Genugtuung ist uns leider nicht geworden. Heute früh erhielten wir die Mitteilung, daß auch das österreichische Handelsministerium von einer Delegation leider absagen müsse.

Zu habe weiter zu konstatieren, daß uns aus bestimmten Kreisen der Arbeiter selbst, von denen wir eine Delegation erhielten, eine Abjage geworben ist. Von den Hirschendorfer Gewerbevereinen ist nur eine Delegation angetreten, die der horgestrittenen Gruppe des christlich-weltanschaulichen Ausbreitungsverbandes. Die christlichen Organisationen aber haben einen direkt ablehnenden Haltung dem Kongress gegenüber eingenommen. Sie haben erklärt, daß sie nicht teilnehmen zu können, weil es ein sozialdemokratischer Kongress sei. (Hört hört!) Um Ausreden ist man auf dieser Seite ja niemals verlegen. Selbst wenn es so wäre, so hätte eine Organisationsgruppe, wenn sie ernstlich die Interessen der Arbeiter vertreten will, nicht das Recht sich fernzuhalten. Es ist gerade so, als wenn ich einem Ertrinkenden deshalb nicht die Hand reichen will, weil vorher ein Sozialdemokrat seine Hand berührt hat! (Lebhafte Zustimmung!) Man hat das Fernbleiben auch damit erklärt, daß die christlichen Organisationen nicht direkt eingeladen worden seien. Das offizielle Organ dieser Gruppe, die 'Weitdeutsche Arbeiterzeitung', hat geschrieben: Erst in letzter Stunde habe man sich veranlaßt gezeigt, einige bürgerliche Sozialpolitiker einzuladen, um das Reformum zu wahren. Ich kann erklären, daß diese Behauptung erlogen ist. An die gesamte Arbeiterschaft ist in einem Aufruf gerichtet worden, und die Christlichen redeten sich höchstens auch noch zur Arbeiterschaft. Direkt eingeladen sind folgende Organisationsgruppen: der Verein für Sozialpolitik und die Gesellschaft für Sozialreform; der Verband der Ortskantone Deutschlands, die Freien Güstafasen und die Centrale für das Krankenwesen Deutschlands. Die Ablehnung der christlichen Gewerkschaften zeigt, daß sie nicht gemeinsam mit der Arbeiterschaft arbeiten wollen, daß sie wieder arbeiten lassen, um die Kräfte, die gegen die Heimarbeit mobilisiert werden sollen, aufs neue zu zerstören. Hier haben Politik und Religion auszuweichen, hier heißt es, gemeinsam arbeiten, um das, was zum Schluß der Heimarbeiter notwendig ist, zu erreichen." (Bravo!)

Nachdem die üblichen formalen Geschäfte des Kongresses erledigt waren, erhielt Kämmering - Berlin (Schneider) das Wort zu einem Referat über: "Die soziale Lage und Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen". Redner konstatiert zunächst, daß die Heimarbeit nicht im Allgemeinen begriffen sei, wie vielfach geglaubt wird, sondern, daß eher eine Zugnahme derselben zu verzeichnen sei, so z. B. in der

Leinwand- und Wäschefabrikation, in der Tischler- und Parkeffabrikation, in der Schuhmacherei, in der Tabakindustrie, in der Korbmacherei, in der Spulen- und Weißzeugfabrik und in der Wollweberei.

Eine Zugnahme weisen nur die verschiedenen Zweige der Textilindustrie auf; hier produziert die moderne Technik billiger als die billige Heimarbeit.

In Deutschland kommen auf je 1000 Fabrikarbeiter 82,9 Heimarbeiter; in Sachsen aber 263,8 Heimarbeiter. 198 518 Frauen, davon 38 912 berichteten, waren im Hauptberuf hausindustriell tätig; ihre Zahl ist beständig gewachsen. Auch die Kinderbeschäftigung nimmt zu; ihre Hauptorte liegen in Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha.

Die Vorteile der Heimarbeit für den Unternehmer bestehen:

1. in der Abwälzung seiner Ausgaben auf den Arbeiter, durch die Erparung der Kosten für Wärme, Heizung und Beleuchtung;
2. in der einfacheren Bedienung der Verwendung von wenigen, nicht kostspieligen Maschinen;
3. in der Erhöhung der Arbeitskraft von Frauen und Kindern, die die Heimarbeit als Neben- und Hülfsarbeit betrachten;
4. in der leichten Transportmöglichkeit der Rohstoffe und Erzeugnisse;
5. in der Umgehung der den Unternehmern durch die Arbeiterschutzgesetzgebung auferlegten Pflichten.

In seinen weiteren Ausführungen schlägt Redner dann zahlreiche Fälle von besonders trauriger Ausbeutung der Heimarbeit. Zum Schluß der Heimarbeiter ist nach den Ausführungen des Referenten in Deutschland nur wenig getan worden.

In Deutschland finden wir nur die Bestimmungen des Bundesrats von 1888 und 1893 für die Tabakindustrie, jedoch blieben sie ohne Wirkung, weil die Kontrolle fehlt; dazu kommt die Invalidenversicherung für die Arbeiter der Tabak- und Textilindustrie. Schutzbestimmungen für die Konfektion und das Verbod van Kinderarbeit, wo "im Großen" gearbeitet wird, eine Bestimmung, welche die Durchführung vollständig vereitelt. (Sehr richtig!) Dazu tritt noch die bundesstaatliche Bestimmung von 1902, welche Lohnbücher in der Konfektion verlangt; die Unternehmer setzen dem starren Widerstand entgegen.

Ferner darf die Krankenversicherung durch Ortsstatut auf die Hausindustrie ausgedehnt werden, was aber erst in 17 bis 20 Fällen geschehen ist.

Alle diese Bestimmungen sind ungenügend; sie treffen das Ubel nicht an der Wurzel.

Am Schlusse seines Referats wies Redner darauf hin, daß die Hausindustrie das Familienleben zerstört, durch die billigen Löhne Mann, Frau und Kind körperlich und geistig zu grunde rächt und einen Herd infektiöser Krankheiten bildet; die dem Arbeiter und dem Publikum gleich gefährlich sind, außerdem bietet sie dem Unternehmer die Gelegenheit, sich über alle Arbeiterschutzgesetze hinwegzufegen und hemme somit die Gesetzgebung. Um den Gefahren und Uebelständen der Heimarbeit zu begegnen, empfahl Redner die Annahme einer Resolution, in der die unverzügliche Schaffung eines Heimarbeiterkongresses fordert wird. Die Debatte, die sich an diesen Vortrag knüpft, war ziemlich umfangreich, es beteiligten sich an ihr fast sämtliche Gewerkschaftsführer der hauptsächlich bei der Heimarbeit in Betracht kommenden Berufe und ganzreiche andere Redner, zum Teil auch bürgerliche Sozialreformer. Die Diskussionsredner befürworteten nicht darauf, daß von dem Referenten vorgebrachte Material an ergänzen, sondern machten auch durch Vorlegung neuer Resolutionen Vorschläge, wie den Heimarbeitern zu helfen sei. Um zu einem einheitlichen Besluß zu gelangen, wurde eine Kommission gewählt, die alle Vorschläge und Resolutionen zu einer einheitlichen Resolution zusammenzutragen hatte. Die von der Kommission ausgearbeitete und von dem Kongress einstimmig angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

"In der modernen Produktionsweise ist die Hausindustrie eine Betriebsform, die durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen die schwersten Schäden in wirtschaftlicher und physischer Beziehung zur Gesundheit und den Unternehmern die Umgehung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze ermöglicht. Sie ist infolge ihrer ungünstigen Arbeitsstätten ein Herd infektiöser Krankheiten, sowohl für die Produzenten, als auch für die Konsumanten; mit hin eine Gefahr für das gesamte Volkswohl. Angeknüpft an diese Gefahr ist es Aufgabe der Gesetzgebung, in besonderen gesundheitsgefährdenden Industrien die Heimarbeit zu verbieten, ferner durch geeignete Maßnahmen auf die wirtschaftliche Hebung der Lage der Heimarbeiter- und Arbeiterinnen hinzuwirken und diese sowie das Gesamt-Publikum vor den gesundheitsgefährdenden Gefahren dieser Betriebsform zu schützen und ihre allmähliche Einführung und Abhöhung herzuführen. Der vom 7. bis 9. März 1904 im Gewerbehaus zu Berlin tagende erste Heimarbeiterkongress fordert deshalb die unverzügliche Schaffung eines Heimarbeiterkongresses, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Auf Antrag von Arbeiterin oder deren Organisationen hat das Gerberbegehr als Einigungsamt für den Ort seiner Zuständigkeit und für eine bestimte Gültigkeitsdauer bestimmte Löhne für die Branche, für die es berufen wurde, festzulegen. Am Ort, an dem ein Gerberbegehr nicht besteht, müssen es besondere Kommissionen, zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiter, zur Hälfte aus Vertretern der Unternehmer und einem Vertreter der Gewerbe-Inspektion als Vorsitzenden, eingestellt werden. Die normierten Lohnsätze dürfen nicht niedriger sein als die in den Fabriken und Werkstätten gesetzten und sind nach ihrer Veröffentlichung rechtsbindlich.
2. Strengste Vorschriften über die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsstätten in der Hausindustrie, insbesondere vorschreibend, daß dieselben hell, trocken, beizbar und leicht zu lüften sind und daß mindestens 15 Kubikmeter Luftsraum auf den Kopf der darin tätigen Personen entfallen. Die Arbeitsstätten dürfen ferner weder zum Wohnen, noch zum Schlafen oder Kochen benutzt werden. Die Benutzung von Dach- und Kellerräumen als Arbeitsstätten ist zu verbieten.

3. Wer als Hausindustrieller oder Heimarbeiter Räume der oben bezeichneten Art in Benutzung nehmen will, hat hierüber der Ortsbehörde Anzeige zu machen und ihr die bestimmten Lokalitäten zu bezeichnen. Die Ortsbehörde hat über die erfolgte Anmeldung und darüber, daß die Räume den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, innerhalb dreier Tage eine Bescheinigung in zwei Exemplaren kostlos ausstellen. Die Bescheinigung muß eine Angabe über den Inhalt des zu bewohnenden Raumes und der Personenzahl, die darin beschäftigt werden darf, enthalten.

4. Verbot der Heimarbeit in Wohnungen und Arbeitsstätten in welchen sich Personen aufhalten, die mit aufstehenden Krankheiten behaftet sind.

5. Desinfektion und, wenn nötig, Verunreinigung derartigen Materialien und Waren, die entgegen dem Verbot in Wohnung und Arbeitsstätten lagern oder bearbeitet werden, in welchen sich Personen aufhalten, die mit aufstehenden Krankheiten behaftet sind. Die durch die Desinfektion und Verunreinigung entstehenden Kosten hat derjenige Unternehmer zu tragen, für dessen Nutzung die Materialien und Waren bearbeitet werden.

6. Unterstellung der Heimarbeitsstätten unter die Kontrolle der Gewerbe-Inspektion. Die diesbezüglichen Aufgaben müssen besondere polizeirechtliche männlichen und weiblichen Beamten übertragen werden, die vor allem im geringster Zahl aus den Kreisen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu entnehmen sind.

7. Verpflichtung der Unternehmer und Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen als Heimarbeiter (Hausindustrieller) beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen, fortlaufend zu ergänzen und jederzeit den Beamten der Gewerbe-Inspektion vorzulegen.

8. Geeignete Liste der billigen Kennzeichnung aller auch nur zum Teil in der Hausindustrie hergestellten Waren. Die Kennzeichnung darf erst dann entfernt werden, wenn die Ware in den Verkauf des letzten Käufers übergegangen ist.

9. Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditätssicherungsgesetze, ferner der Bestimmungen der Gewerbeordnung über Arbeitszeit, Nacharbeit, Sonntagsruhe, Wöchnerinnen- und Kinderarbeit und Arbeitsordnungen auf die gesamte Heimarbeit (Hausindustrie).

10. Unterstellung nicht nur der Heimarbeiter, sondern auch der Hausindustriellen unter die Gewerbeordnung bei Streitigkeiten, die zwischen ihnen und den Unternehmern (Betlegern) aus dem Arbeitsverhältnis entstehen.

11. Einführung von Lohnbüchern, in denen Art und Umfang der Arbeit, sowie die Vorauszahlung bei Ausgabe der Arbeit einzutragen sind.

12. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Werkstattarbeiter und Arbeitervinnen.

Arbeiten des Fleisches, der Einzelständer und Kommunen dürfen nur an solche Unternehmer vergeben werden, die die in eignen gewerblichen Betrieben (unter Ausübung jeglicher Brillenunternehmer) anstrengen lassen und die durch Kaufverträge oder von den Berufsorganisationen der Arbeiter oder den unter I. gedachten Kommissionen festgelegten Lohns und Arbeitsbedingungen erfüllen. Unternehmer, die dem zu widerhandeln, sind von den Lieferungsarbeiten auszuschließen.

13. Verhängung wirksamer Strafen für Übertretung der gesetzlichen Bestimmungen, für deren Einhaltung Unternehmer und Zwischenmeister in Linie verantwortlich sind.

Angeblick der für alle Kulturstaten gleich großen Gefahr der Hausindustrie fordert der Kongress die deutsche Regierung auf, zu internationalen Vereinbarungen die Initiative zu ergreifen."

Bon den Tabakarbeitern liegt folgende Erklärung vor:

"Die auf dem allgemeinen Heimarbeiterkongress anwesenden Vertreter der Tabakarbeiter erklären, daß sie unter allen Umständen wie seit langer Zeit und in Übereinstimmung mit ihren Mandatgebern ein gänzliches und sofortiges Verbot der Hausindustrie fordern, indem einerseits die Notwendigkeit aus mancherlei Ursachen, andererseits aber auch die Möglichkeit solcher Maßnahmen für eine ganze Reihe von Berufen durchaus gegeben ist. Demgemäß wünschten die Vertreter der Tabakarbeiter, daß auch der allgemeine Heimarbeiterkongress in erster Linie ein Verbot der Hausindustrie fordern möchte und nur dort für eine allmähliche Auflösung eintreten möge, wo ein sofortiges Verbot ohne erhebliche Schädigung der Industrie oder der Heimarbeit selbst zu erwarten stand. Wenn in der Resolution der Elter-Kommission nur ein sofortiges Verbot der Heimarbeit in besondern gesundheitsgefährdenden Berufen vorgesehen wird, so entspricht dies den Zielen des Tabakarbeiter nicht. Die Delegation der Tabakarbeiter erklärt jedoch, trotzdem für die von der Kommission vorgelegten Resolution stimmen zu wollen, um ein einiges Maßnahmen des Kongresses nicht zu hinterziehen und dadurch seine Bedeutung zu erhöhen. Stets jedoch wird die Delegation der Tabakarbeiter bestrebt sein, für ein rundes Verbot der Hausindustrie, wo und wann möglich ist, zu wirken."

Der Kongress nimmt von dieser Erklärung Kenntnis.

Das Schlußwort nahm Professor Franck. Er führte aus: Mit freudiger Bewegung haben Sie alle das Resultat der Abstimmung begrüßt. Die Resolution ist einstimmig angenommen trotz kleiner Abweichungen in einzelnen und selbst Gegenentwürfen, weil die Differenzen nachgegeben haben. Auch in seinem Verlauf hat der Kongress trotz der verschiedensten Anschauungen von einer gemeinsamen Grundlinnung getragen. Gewiß ist, was wir bürgerlichen Sozialreformer lieber nicht gehört hätten und auch wir haben wohl manches geärgt, was Ihnen nicht gefallen hat. Aber doch hat sich herausgestellt, daß ein gemeinsames Arbeit nicht nur möglich, sondern auch von fruchtbringendem Erfolg begleitet war. Als wir uns von gewerkschaftlicher Seite die Aufforderung, an

sie diesem Kongress teilzunehmen, erging, war es für uns ein Gebot, selbstverständlicher Pflichterfüllung, der Einladung zu folgen und in die dargebotene Halle einzuziehen. (Grabow) Wir haben es getan, einmal um zu zeigen, daß es uns fortgesetzt heiligen Ernst ist mit der Bekämpfung der Heimarbeit. Herr Käming sprach gleich am ersten Tage von den fahrenden Schülern des Katholischsozialismus, die die Bergarbeiter und die großstädtischen Höhlen der Heimarbeit aufgesucht und hingeleuchtet haben mit dem Fazit der Wissenschaft: "die Schlußwinkel einer verderbenbringenden Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft". Sie werden es begreiflich finden, daß ich diese Anerkennung der Tätigkeit der Wissenschaft mit großer Bedeutung gehörte habe. Ohne Ruhmredigkeit darf ich sagen, wir Bürgerlichen Sozialreformer haben unser Zeil an dieser Auflösung beigetragen. Aber damit ist es nicht genug. Der Mensch braucht, wenn er von diesem Janvier hört, aber er vergibt schnell. Der Auflösung muß das Handeln folgen, und da lag für uns der zweite Grund. Meine Gefühlsgenossen, die bürgerlichen Sozialreformer, sind von der Überzeugung durchdrungen, daß eine ernsthafte Sozialreform einzubringen nur gelingt werden kann, wenn sie nicht nur für den Arbeiter, sondern mit den Arbeitern geleistet wird. (Lebhafte Zustimmung.) Um das zu beweisen, haben wir uns eingeschworen. Für unsere Arbeit haben wir hier einen gemeinsamen Boden gefunden. Dabei gehen Sie nicht mit veränderten Geheimnissen aus diesem Saal hinaus und auch Sie haben uns nicht betrachtet. Wir wollen uns auf gar nicht gegenseitig beziehen. Wie können uns Gelegenheiten denken, und sie werden auch kommen, wo wir gegeneinander kämpfen. Kampf, wo er hingehört, und gemeinsame Arbeit, wo sie hingehört. Bei der Bekämpfung der Heimarbeit haben wir ein Gebiet, wo alle die, die guten Willens sind, sich vereinen können zu gemeinsamer Arbeit. (Grabow) Ich würde nur, daß Sie ebenso wie wir in ehrlichen Absicht zu Ihnen gekommen sind, so auch Sie uns keiner anderen Absicht zeigen mögen. Wir wollen mit Keien gemeinsam arbeiten, solange es uns möglich ist. Diese Möglichkeit liegt zum großen Teil in Ihrer Hand. Ich bitte Sie im Namen der bürgerlichen Sozialreformer, daß Sie alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Heimindustrie auch unter diesem Gesichtspunkt treffen. Es sind Tage voller Arbeit, aber auch Tage inneren Friedens gewesen. Möge von diesem Scale ein mächtiger Strom des Wirkens hinausströmen! Möge der nächste Kongress schon sagen können: Wir haben einen Kampf gefaßt, der auch in kurzer Frist schon Erfolge gezeigt hat. In diesem Sinne danke ich Ihnen im Namen des Bureaus und fordere Sie auf zu weiterer gemeinsamer Arbeit auf dem Boden der gesetzten Verpflichtungen. (Lebhafster Beifall.)

Die Sachen sind über den glänzenden Verlauf des Kongresses natürlich sehr ungestüm und laufen seine Wirkung durch allerlei hämische Bemerkungen an beeinträchtigen. So schreibt die "Konservative Korrespondenz": "Der Heimarbeiterschutzkongress hat sich, wie vorauszusehen war, als durch und durch sozialdemokratische Versammlung erwiesen. Zur Dekoration dienen einige Sozialreformer der sogenannten b. Berliner Richtung. Neben dem Hauptvorsitzender der 'Gemeinschaften', 'Genossen' beginnen, und dem Vorsitzenden der 'Sozialarbeiterverbandes' hatte der Herausgeber der 'Sozialen Praxis', Professor Gräfe, die Ehre, den Vorsitz zu führen. Durch diese Wahl ist nun einmal das innige Verhältnis dieser Richtung der fortgeschrittenen Sozialreformer zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften vor dem Lande festgestellt. Wenn auf diese Weise die Sozialdemokraten mit sozialreformerischer Staffage die Heimarbeitfrage in die Hand nehmen, so wird schon etwas Gutes — für die rote Fahne herauskommen. Daß die Bekämpfung des Heimarbeiterschutzes durch Regierungsvorsteher seitens des Staatssekretärs des Reichsgerichts des Innern abgelehnt worden ist, kann man nur mit Verstechung aufnehmen. Die Politiker der 'Sozialen Praxis' werden sich jedoch dadurch mit Angst und Macht bestimmt fühlen. Es gehört in der Tat schon mehr als bloße Einseitigkeit in der Beurteilung der Sozialreform dazu, eine Verantstellung von bürgerlicher und 'wissenschaftlicher' Seite zu unterstellen, die den Zweck hat, den sozialdemokratischen Partei zu bringen, den gewerkschaftlichen Organisationen zu dienen."

Eine sozialdemokratische Veranstaltung und damit ist es abgetan.

Maurerleistungung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrten, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernherin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Schleswig-Holstein:

Maurer (Maurer sind ausgesperrt);

Mecklenburg:

Grabow (Streik der Maurer und Zimmerer), Güstrow (Sperrung über den Bau des Rentiers Mertens [Regiebau wegen Akkordarbeit], Schwerin (Sperrung über Ferd. Stange);

Pommern:

Cammin (Sperrung über die Zementfabrik Insel Gristow);

Prov. Brandenburg:

Ketzin a. d. H. (Streik), Rathenow (Differenzen, Unternehmer drohen mit Aussperrung und Heranschaffung von Italienern), Wittenberge (Sperrung über G. Appel);

Ost. v. Westpreussen:

Ötzen, Polychen und Thorn (Differenzen);

Prov. Posen:

Romberg und Posen (Differenzen);

Sachsen:

Breslau (Sperrung über Baumgart wegen Maßregelung, Bries (Sperrung über die Ziegofei von Pietzsch);

Prov. Sachsen und Anhalt:

Barby (Aussperrung der Maurer), Magdeburg (Sperrung über Wille, früher Drube & Engelmann), Trebitz (Sperrung über die Bauten des Unternehmers Elmer in Schnellin), Halberstadt (Differenzen), Zerbst (Sperrung über Herm. Häppner);

Thüringen:

Gotha (Sperrung über den Unternehmer Franz Meister);

Königr. Sachsen:

Lipzig (Sperrung über die Bahnhofsgebäude der Unternehmer Risse & Lingsleben aus Halle, Bernsdorf aus Dresden und Daniel Marin aus Spilmbergo (Udine), Dresden (Sperrung über die Unternehmer Speck und Walter in Cotta und Ziesche in Kleinzsachowitz);

Rheinprovinz:

Wormelskirchen (Sperrung über Hussels), Schloss Landsberg b. Kotzwig (Sperrung über Boswau & Knauer), Düsseldorf (Zimmererstreik);

Bremen:

Bremen, Bremerhaven-Geestemünde-Lehe (Differenzen);

Hannover:

Enden (Differenzen), Verden (Sperrung über den Unternehmer Heiland);

Braunschweig:

Hessen (Sperrung über den Unternehmer Hundertmark).

* * *

In den Unterwerorten verschärfen sich die Differenzen immer mehr. Es hat den Anschein, als wenn die Unternehmer zum baldigen Bruch treiben möchten. So dringend es zu wünschen ist, daß sich unsere Kollegen nicht provozieren lassen, so notwendig ist es aber auch, daß der Zugang ferngehalten wird. Den Unternehmern stehen genügend Arbeitskräfte zur Verfügung. Wenn die Unternehmer auswärtige Maurer anwerben, so nur zu dem Zweck, um die Einheimischen zu maßregeln. Mit den Polizisten und älteren Geistlichen wird der Aufzug gemacht. Sie sollen aus dem Verband austreten und ihre Verbandsbücher in den Konturen der Unternehmer abgeben.

In Achtin haben unsere Kollegen vor einigen Wochen die Sperrung über den Unternehmer Meissel verhängt, weil er den üblichen Zulich bei Odenarbeiten (Biegleien) nicht zahlen will. In der vergangenen Woche berichtete nun der Unternehmer Borch, dem Meißel zu Hülfe zu kommen, indem er M. siegessichere Arbeit übernahm. Unsere Kollegen lehnten aber die Bereitstellung der Arbeit ab. Da nun bei drei weiteren Unternehmern die Arbeit auch drängend wird, haben sich unsere Kollegen entschlossen, vor Bewilligung ihrer schon früher gestellten Forderung die Arbeit nicht anzunehmen. In der Hansestadt handelt es sich zunächst um Odenarbeiten, die nun nicht mehr aufgeschoben werden können.

In Grabow (Mecklenburg) ist es wegen des Landgeldes zu Differenzen gekommen. Am 10. März haben sämtliche Maurer und Zimmerer die Arbeit eingefallen. Die Streikteilnehmer fordern die Ausdehnung des Landgeldes auf einige bisher hierin nicht einbezogene Orte, die Unternehmer dagegen wollen eine ganze Reihe von Dörfern, wo bisher Landgeld gezahlt wurde, von dieser Liste streichen.

In der Aussperrung in Marne ist infolge einer Änderung eingetreten, die die Zimmerer die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen haben. Den Aufzug hierzu geben die beiden Unternehmer Bostler beschäftigten Zimmerer. Die Maurer haben daraufhin ihre Forderung von 45 auf 48 Stunden reduziert, um den Unternehmern die Ausübung der Aussperrung zu erleichtern.

In Hessen (Braunschweig) haben fähmiche Zulich Verbandskollegen von ihrem "Arbeitgeber" Heinrich Hundertmark den "Beschluß" erhalten, bis Sonnabend, den 12. März, aus dem Verband auszutreten. Diesem "Beschluß" haben sich unsere Kollegen natürlich nicht gefügt. Sie wollen lieber auf den unvergleichlich hohen Lohn von 28 & verzichten. Der Herr Meißel mit dem langjährigen Namen prahlte nun damit, sich Zimmerer kommen zu lassen, und wenn er ihnen auch 40 & Stundenlohn zahlen müsse. — Wenn dabei nur nicht die "Hundertmark" alle werden.

Bei dem Unternehmer Franz Meißel in Gotha legten 20 Maurer die Arbeit nieder, wegen schlechter Behandlung und Maßregelung zweier Kollegen — Ferner sind Sperrungen verhängt worden über die Firma Boswau & Knauer, Baustelle Schloss Landsberg bei Kettwig (Zweigverein Essen), über den Unternehmer Hermann Apfel in Berbst und über den Unternehmer G. Apfel in Wittenberge.

Die Sperrung über den Bau des Kulturbauwerks in Nürnberg ist aufgehoben, da der Vertreter der Firma die Forderungen der Streikteilnehmer anerkannt.

Die Sperrung über Bünker in Döschwitz (Dresden) ist zu Gunsten der Kollegen beendet worden. In Stadt und Dorf Wehlen wurde durch Sperrungen eine Lohnherabsetzung von einigen Preisen und die zehnländige Arbeitszeit erobert. Einige weitere Sperrungen in der Umgebung von Dresden sollen in nächster Zeit durchgeführt werden. — In Wehlen sieht die Sperrung der Teicherischen Maschinenfabrik bevor. Der Unternehmer Schulze in Löbtau hat den Bau zweier Dosen auf der Teicherischen Fabrik übernommen; einer seiner Polizei hat aber eine Arbeitsrichtung eingeführt, womit sich unsere Kollegen nicht befriedigen wollen.

In Düsseldorf streiken die Zimmerer. Sie fordern neunstündige Arbeitszeit und 60 & Stundenlohn. Etwa 100 Männer arbeiten zu den geforderten Bedingungen.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Krankenunterstützung.

Laut Beschuß des Verbandsstages zu Berlin 1903 wird vom 1. März d. J. an Unterstützung in Krankheitsfällen gebeten: Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt durch die Zweigvereine auf Anweisung des Verbandsvorstandes.

Für die Erledigung der Geschäfte ist folgendes zu beachten:

1. Anträge auf Krankenunterstützung haben die einzelnen Mitglieder nicht direkt an den Verbandsvorstand, sondern an den Vorstand ihres Zweigvereins zu richten.

2. Die Zweigvereinsvorstände haben die Anträge zu prüfen und festzustellen, ob eine Unterstützungsberechtigung vorliegt, d. h. ob das betreffende Mitglied:

- a) dem Verband zwei Jahre angehört und mindestens 80 Wochenbeiträge gezahlt hat;
- b) von einer Krankenkasse Unterstützung bezieht, aber im Falle es einer Krankenkasse nicht angehört, seine Erwerbsunfähigkeit durch ärztliche Attest nachweisen kann;
- c) seine Verbandsbeiträge voll bezahlt hat, und

d) ab Sept. Beginn der Krankheit sechs Tage verschränkt sind.

3. Ist die Berechtigung zur Unterstützung festgestellt, dann ist dem Verbandsvorstand das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Krankheit zu überreichen. Das Mitgliedsbuch muß in Ordnung, die laufenden Beiträge bis zur letzten Woche gezahlt und die Bescheinigung muß von der Krankenkasse oder dem Arzt ausgestellt sein.

4. Nach Zustellung der unter 3 genannten Ausweise setzt der Verbandsvorstand die Höhe der Unterstützung fest und erlässt die Zahlungsanweisung. Ohne eine solche Anweisung darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

Erkrankte Mitglieder, welche vom Verband Unterstützung erhalten, sind nicht beitragsfrei. Der Beitrag ist von der Unterstützung in Abzug zu bringen.

Vom Verbandsvorstand bestätigt

findt die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingefüllt haben.

Als verloren gemeldet

findt die Mitgliedsbücher der Kollegen Georg Schulze-Hannover (Buch-Nr. 82 148), Servian Sablowksi-Bromberg (66 721), Bernhard Molz-Stettin (46 005), Gustav Bade-Berlin (1561), Herm. Umlauf-Zwickau (57 529), Karl Lorenz-Görlitz (98 960), Oskar Schmidt-Berlin (8851), Hermann Stodt-Görlitz (41 221), Franz Weinmann-Kattowitz (111 761), Friedrich Jost-Königsberg (153 785), Alfred Haupt-Zwickau (87 971), Richard Wegener-Molzd (97 450), Paul Petersen-Bensberg (68 318), Rudolph Schramm-Zwickau (144 779), Willi Schenck-Bremen (15 418), Willi Lincke-Berlin (8926), Willi Barth-Danzig (152 385), Gustav Schiebold-Dresden (133 973), Karl Schmidt-Mecklenburg (88 925), Robert Reinhold-Berlin (10 211), Gustav Ilzenhaus-Wiedenhausen (167 169), Herm. Niebergall-Wülfelshain (138 967), Herm. Brandes-Braunschweig (12 045), Herm. Lindner-Duerlforth (95 885), Ann. Meyer-Minden I. W. (81 305), Joh. Brinckmann-Mainz (40 731), Otto Haft-Mainz (10 726), Aug. Brodthaus-Braunschweig (12 021), Joachim Schulz-Wittenberge (107 998), Franz Gerlig-Lissa (128 055), Mathias Kloß-Essen (67 754), Willi Ruth-Essen (174 258), Willi Kastner-Berlin (10 640), Willi Meißel-Berlin (1722), Willi Neuhäuser-Berlin (1808), Josef Verwalt-Görlitz (118 084), Paul Kofriga-Wilhelmsbaden (107 480), Garelli de Wall-Wilhelmsbaden (51 463), Max Günther-Wiesbaden (94 263). Lebhafte Kollege hat auch die Reiselegitimationsfarre mit brechen. Sollte jemand die Papiere wiederfinden, so erachten wir, sie uns zufinden zu wollen.

Ausgeschlossen

ist auf Grund § 88 b des Statuts vom Zweigverein Mühlhausen i. E.: Clemenz Jordan (Buch-Nr. 87 957).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ausgefordert,

ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Wilhelmshaven: Wilhelm Pausing (Buch-Nr. 82 512) und Richard Möhrmann (82 778). Kollegen, denen der Aufenthaltsort der Namens nicht bekannt ist, werden erfuhr, an Erik Kirschke in Bant, Oldenstraße 8, 1. Et., oder an uns Mitteilung machen zu wollen.

Sterbegeld

ist in der Zeit vom 6. bis 12. März für nachstehende vergleichende Mitglieder resp. deren Frauen bezahlt worden:

Erhard Kötting-Hettstedt (Frau), Buch-Nr. 67 168; Johann Höß-Güstrow (Frau), 79 914; August Hähnel-Berlin (Frau), 40 683; August Schulze-Berlin (Frau), 35 588; Christian Braune-Magdeburg, 41 893; Adolf Niedel-Gera (Frau), 71 817; Karl Strandt-Mühlhausen, 51 844; Otto Müller-Berlin (Frau), 10 121; Herm. Wenzel-Berlin, 45 54; Georg Götzinger-Münden (Frau), 88 294; Julius Bloch-Berlin (Frau), 75 84; Heinrich Schüller-Wien (Frau), 106 256; Johann Seidel-Wien (Frau), 91 885; Fritz Hahnemann-Berlin (Frau), 88; Johann Räberlein-Fürth (Frau), 70 578; August Scharenbon-Schleswig i. E., 102 944; Wilhelm Horber-Holzhausen, 186 202; Emil Schles-Bromberg (Frau), 56 899; Wilhelm Rose-Berlin, 939.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einsendung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbefürsprache desselben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzutun, wen Anpruch auf Sterbegeld erhebt.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 8. bis 14. März 1904 sind folgende Beiträge bei der Hauptstelle eingegangen:

Bauklasse: Von den Zweigvereinen Gleichenkirchen (Fleiszenleger) M. 64,05, Schönau 25,—, Weißburg 11,—, Rue i. Erbach, 11,—, Magdeburg (Hohenbockaeben) 1060,54, Ohlsdorf 25,—.

Hamburg, den 14. März 1904.

J. Küster, Hamburg 5, Bremserstr. 11.

ist ja tief zu bedauern, unser Berliner Zweigverein braucht sich aber keine Schuld daran beizumessen.

Um den Wahls zum Innungs-Schiedsgericht haben sich unsere Kollegen schon im Jahre 1902 mit Erfolg bemüht. Die Beteiligung war notwendig, da der Innung etwa 350 Unternehmer angehörten und bei geheimer Wahl nicht ausreichend diejenigen Innungsmitgliedern und den bei ihnen beschäftigten Gesellen und Arbeitern das Gewerbebericht nicht zuständig ist. Unsere Vertreter hatten keine leichte Arbeit bei der Abschaffung des Innungs-Schiedsgerichts, das sich zusammenfugt aus einem Vorsitzenden, zwei Rechtheitern und zwei Unternehmer-Beisitzern. Der Vorsitzende ist ein Amtsrichter, der von der Innung gewählt und bestellt wird. Wir brauchen nun auf die gebrochene Sprachbarrier der Amtsgerichte sowie auch auf die reaktionären Maßnahmen unserer Innungsgesetzgeber über den Arbeitsvertrag hinzuzweisen, um es begreiflich zu finden, daß unsere Vertreter in einem beständigen Kampf mit dem übrigen Richterkollegium standen. Unser Eingreifen auf diesem Gebiete hat indessen schon gute Früchte getragen. Unter Arbeitsvertrag wird jetzt bei der Abschaffung zur grunde gelegt, was zur Folge hat, daß die Klagen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter an Bau betreffend zurückgegangen sind, weil selbst die schärfsten Arbeitsregeln in der Innung, die ja bekanntlich im Prinzip gegen jede Vertragsschließung mit Arbeitersorganisationen sind, durch die Änderung der Sprachbarrier im Schiedsgericht ebenfalls zur Durchführung der Saugungen des Tarifvertrages gezwungen sind. Durch die Tätigkeit unserer Vertreter im Innungsschiedsgericht ist auch insofern ein Umschub in der Abschaffung erfolgt, als jetzt nicht mehr die Kolonialführer der Pützer und Steinträger als "treuegeber" angesehen werden. Hierdurch ist auch auf diesem Gebiete ein Kampfobjekt der Pützer und Bauarbeiterorganisationen zu ihren Gunsten entschieden worden. Vieles Ungerechtigkeiten mancher brutalen Unternehmern gegen unsere Arbeiterschaften ist durch unsere Beteiligung an dem Innungsschiedsgericht beseitigt worden, und unsere Organisation hat dadurch erneut an Einfluss und Macht gewonnen.

Um direkten Anschluß an die Wahlen zum Innungsschiedsgericht wurde die Ergänzungswahl zum Geleitens-auskuff der Innung vorgenommen. Es ist das erste Mal, daß sich die Organisationen der Maurer und Zimmerer an der Wahl dieser Körperschaft beteiligten. Der Erfolg war die einstimmige Wahl unserer Kandidaten. Über die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben Innung und Gesellenauskuff bei uns ja nichts zu bestimmen, da hierfür in dem Vertrag die maßgebenden Körperschaften festgesetzt sind. Trotzdem haben wir ein Interesse an der Zusammensetzung des Gesellenausschusses, weil er bei der Regelung des Lehrlingswesens und der Gründung und Mittlerhaltung von Einrichtungen, zu deren materiellen Untertrügungen die Gesellen herangezogen werden können, mitzuwirken hat. Wir bedachten es auch, daß die Gesellenausschüsse bei den Handwerkskammern meist von den Gesellenausköpfen der Innungen gewählt werden. Die Handwerkertäufungen sollen bestmöglich auch über die Anträge, Gesellenbüros usw., die die Interessen des Handwerks berühren, gehört werden und Gutschäften abgeben. Wenn nur auch der Einfluß des Gesellenausschusses bei den Handwerkskammern ein sehr beschränkter ist, so ist es doch besser, er ist von uns besetzt, als von Leuten, die überhaupt keine eigene Meinung haben; sondern nur zu den Vorschlägen der Unternehmer Ja und Amen sagen.

Über die vielen Mißstände auf den Bauten wird in dem Bericht lebhafte Klage geführt, ebenfalls über die Nachlässigkeit der Kollegen, die wohl Mißstände bei der Verwaltung anmelden — viele unterlassen auch dies — aber nichts darüber berichten, ob Abhilfe geschaffen werden soll. Um Mißstände Maßregelungen, Verbote gegen den Tarif, Organisationsstreitigkeiten usw. zu untersuchen bzw. zu regeln, wurde die Verbandsleitung in 552 Fällen in Anspruch genommen.

Die Ursachen des Einschreitens der Verbandsleitung waren in 188 Fällen Maßregelung der Kollegen. Von diesen wurden in 184 Fällen 251 Kollegen als gemahnt erkannt. 142 Kollegen konnte in 64 Fällen die Unterstüzung nicht zugesprochen werden. Wegen Nichteinhaltung der Arbeitszeit resp. Nebenstunden wurde die Leitung 90 mal nach den Bauten gerufen. Wegen Lohnforderung und Lohnstreitigkeiten waren 28 Fälle zu regeln, außerdem mußten Verhandlungen wegen Zahlung des Lohnes resp. Annerkennung des Vertrages in Wankee, Tegel, Cöpenick und bei Diedrichs-Niendorf geführt werden. Beim Unternehmer Schurig in Charlottenburg mußte der Bau mehrere Tage gesperrt werden. Organisationsstreitigkeiten, Disputationen unter Kollegen, betr. Nichtorganisierte usw. (Meinungsverschiedenheiten), waren 78 Fälle zu regeln. Wegen Mißstände auf dem Bau (gleiche Bude, Abort, ungenügende Abdichtungen) waren 74 Fälle zu regeln. 6 Fälle wegen Nichtbefolzung der Verfassungsergänzungsvorschriften wurden der Polizei und der Deputationsgenossenschaft gemeldet. Durch diese Bemittlung wurden die Mißstände beseitigt. Der Bau des Unternehmers Berndt in Niendorf, Jagdschäferstraße 2, ist wegen schlechter Abdichtung der Dachflächen durch uns veranlaßt polizeilich inspiziert worden. Maßregelungen, der Polizei wegen, mußten in 15 Fällen untersucht werden. Wegen Streits anderer Werke und wegen Auslagen infolge Mangels an Material mußte die Leitung 24 mal auf ein Bauen eingreifen. Auch mußten 9 Fälle untersucht werden, in denen die Kollegen im Verdacht standen, sich gegen die Interessen der Organisation verstoßen zu haben. In 36 Fällen sind unsere Kollegen durch Afordnungserwerb verdrängt worden. Die Bewegung der Zementierer und Mitarbeiter, sowohl auch die der Kleisterlegler und Marmorarbeiter machen in 10 Fällen ein Einschreiten der Verbandsleitung notwendig. Von den färmlich untersuchten Fällen an Maßregelungen der Kollegen, Mißstände in Bezug auf Arbeitszeit, Baubude, Abort und Nebenstunden konnten in 104 Fällen durch Unterhandlung mit dem Polizei resp. Unternehmer eine Wiedereinstellung resp. Regelung der Anlegeschriften erfolgen. 18 Fälle wurden durch die Schlichtungskommission und 23 Fälle durch Melbungen an den Vorstand der Zweigvereine geregelt.

Zum Schluß kann erfreulicherweise konstatiert werden, daß es trotz aller Schikanen von den Unternehmern und den Polizisten und mancher Nachlässigkeit unter den Kollegen mit der Organisation vorwärts geht. Die Mitgliederzahl des Zweigvereins ist im Vergleichsjahr von 8905 auf 10214 gestiegen.

Die Abrechnung gestaltet sich wie folgt:

Kassenbestände am Schluß

Bauvereinsfasse: M. 82273,42
Kasse der Zahlstellen u. Sektionen: " 62161,47
Gesamtbalance: M. 144454,69

Gewinnahme:

Entnahmenmarken 3211 à 50	M. 1605,50
Ersatzbürcher 25 à 25	6,25
Posttagesscheine 273912 à 65	M. 1780,20
" 14488 à 60	8692,80
" 2324 à 55	1278,20
" 10841 à 50	5420,50
" 71585 à 25	17896,25
Markt-Arbeitsnoten 15317 à 25	8829,25
" Chremigl. 491 à 50	245,50
" 42 à 30	12,60
Wintermärkte 195 à 25	48,75
Unterstützungen 179635 à 50	88817,50
Postmarken 17228 à 25	4480,75
	261328,65

Bon anderen Zweigvereinen des

Gauverband Berlin:	
Beitragsprojekte 21798 à 19	M. 4141,24
" 15673 à 18	2821,14
" 79418 à 17	18501,06
" 40 à 9	3,60
Weslanten	3,32
	20470,88
Protokolle und andere Schriften	534,50
Verschiedene kleine Einnahmen	802,88
Blätter	2154,95
Gesamteinnahme: M. 429744,28	

Ausgabe:

An die Hauptkasse vor. M. 165509,72

Unterstützungen auf Konto der

Hauptkasse:	
Rechtsabfuhr	1718,18
Beihilfe in Sterbehäusern	5357,50
Un gemahngelte Kollegen	678,42
Arbeitende Kollegen aus Streit- orten	625,50
Arbeitende Kollegen im Winter	206,25
	M. 162090,52

Localkasse:

Maßregelungsunterstützung	M. 18457,70
Maß-Aussperrung	1007,—
kleiner Streit	2339,—
Streit anderer Werke	856,—
	29217,70
Prozent an die Zahlstellen und Sektionen	42690,—
Beitrag an den Gauvorstand	266,85
Beitrag an die Bauarbeiter- kasse	807,—
Beitrag an die Gewerkschafts- partei (Berlin u. Umg.)	909,50
	1983,85

Personliche Verwaltungskosten:

Zahn der beflockten Kollegen	7241,02
Fahrgeld der beflockten Kollegen	318,05
Aufholfeste im Bureau	1437,85
Revision des Kassensteuers und der	
Hilfskasse	605,94
Sitzungen des Zweigvorstandes	116,65
Sitzungen der Bezirksvertreter	978,50
Andere Sitzungen (verschiedene Kommissionen)	871,35
Gutschriftigung der Hauskasse	608,—
Gutschriftigung und Fahrgeld der	
Hilfskasse	1177,44
Verbreitg. d. Geschäftsberichte	104,78
	18498,58

Öffentliche Verwaltung:

Wiedereinsetzung, Abt. Reinigung,	M. 2190,43
Fremdsprecher	424,90
Biregumenti. Schriftmaterial	658,78
Porto	209,82
Zeitungskabinette u. Blätter	955,20
	4439,13

Abteilung und Bildung:

Referat	M. 329,11
Bautenkontrollen	927,50
Grundstein-Bericht. (Blätter)	1722,07
Grundstein-Bericht. (Gips)	
u. Cementbranchen	461,92
Unterkosten vom Verbandsstag und Bauarbeiterkongress	588,90
Protokolle und andere Schriften	1055,60
Flugblätter u. ander. Drucksachen	1929,20
Flugblätter	8000,—
	15015,30
Der Sektion der Obs- u. Cementbranchen geliehen	2000,—
Beitrag zur Abstagswahl	1000,—
	6000,—
Gesamtausgabe.. M. 281869,58	

Vilanz

Gewinnahme	M. 429744,28
Ausgabe	281869,58

Räthenbestand: M. 147874,65

In dem Räthenbestand partizipiert die Sektion der Pützer mit M. 42076,28 (M. 80434,82 am 1. Januar 1903) und die Maurer-Zahlstellen Stadt Berlin mit M. 17152,85 (M. 5525,87). Die Bestände der übrigen Zahlstellen sind nicht von Bedeutung. Die Zweigvereinskasse selbst hatte einen Bestand von M. 85 693,18 gegen M. 82 273,42 im vorhergehenden Jahre. — Die Mitglieder verteilen sich wie folgt: Pützer 1525, Obs- und Cementbranchen 1809, Maurer in Berlin-Schöneberg 4961, Charlottenburg 742, Wilmersdorf 95, Schwanzenhof 21, Friedenau 48, Sieglis 120, Grünherberle 190, Schöneberg 68, Marienfelde 25, Mariendorf 82, Tempelhof 26, Johannisthal 20, Niedorf 452, Friedericksfelde 62, Friedericksberg 152, Weikensee 143, Pantow 95, Heindendorf 64, Tegel 63.

Grünherberle 190, Schöneberg 68, Marienfelde 25, Mariendorf 82, Tempelhof 26, Johannisthal 20, Niedorf 452, Friedericksfelde 62, Friedericksberg 152, Weikensee 143, Pantow 95, Heindendorf 64, Tegel 63.

Berlin. Die Sektion der Pützer hielt am 6. März ihre Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Bericht der Gewerbe- und Innungsschiedsgerichtsbeisitzer; 2. Verbandsangelegenheiten. Der Referent, Gewerbeberichtsbeisitzer A. Vogel, führte im allgemeinen aus, daß die Arbeitnehmer sich noch immer viel zu wenig an den Gewerbeberichtswahlen beteiligen; trotzdem das Berliner Gewerbebericht immer mehr in Anspruch genommen wird. So sind z. B. im letzten Jahre 500 Sachen mehr verhandelt worden, als im Vorjahr. Nebner führte dann im besonderen einige Fälle aus unserem Gewerbe an, woraus zu erkennen war, daß die Kollegen bei Abschließung von Verträgen mit dem Unternehmer nicht vorsichtig genug sein können. Es handelt sich bei uns meistens um Selbstforderungen, die aus dem Ablaufarbeitsvertrag entstehen. Zum Teil sind es die verschiedenen Ansichten beim Aufmessen, die bei der Abschließung des Vertrages nicht geregelt werden. Zum anderen Teil werden Bestimmungen im Vertrag mit hinzugeschrieben, deren Tragweite sich die Kollegen vorher nicht genug überlegen; das Gericht kann aber nur nach dem Wortlaut des Vertrages urteilen, zumal da die Gutachten der Sachverständigen, auch nicht immer übereinstimmen. Des weiteren weiß Nebner auf neue Schwierigkeiten hin, die uns beim Berliner Gewerbebericht bevorstehen. Trotzdem unsere Kollegen in Kolonnen zusammenarbeiten, war es bisher doch möglich, daß auch der einzelne seinen auf ihm zu beruhigenden Selbstforderungsvertrag einfliegen konnte. Nach neuerer Praxis des Gewerbeberichts soll nur die ganze Kolonne resp. die Mehrheit der betreffenden Körperschaften verhandeln werden können. Sollte das Gewerbebericht bei dieser Praxis beibehalten, so wäre es erstens dem einzelnen nicht möglich, sein Recht allein auf jungen zweitens würden die meisten Sachen berufungsfähig sein; was eine lange Dauer des Rechtsstreites und große Kosten verursacht; mittin würde für unter Gewerbe, das Gewerbebericht illoslich gemacht. Aus diesen Gründen müßten die Kollegen mehr Vorsicht bei Abschließung der Verträge walten lassen. Diese Ausführungen schließen sich auch die Gewerbeberichtsbeisitzer Budach und Dämmer im wesentlichen an und empfehlen den Kollegen dringend, bevor sie eine Klage einreichen, sich erstmals in unserem Bureau zu halten. Der Pützer beim Innungsschiedsgericht, Adolf Schulz, weiß nicht viel zu berichten, da dort die meisten Klagen mit Abweisung enden und es nur in seltenen Fällen, meistens bei kleinen Objekten, zu einer Eingang kommt. Nebner ist deshalb dafür, daß die Kollegen das Innungsschiedsgericht so wenig wie möglich in Anspruch nehmen. In Verbandsangelegenheiten wurde folgender Beschuß gefaßt: Um einesfalls den Mitgliedern das Bezahlen der Beiträge so leicht wie möglich zu machen, sowie anderseits das durch längeres Spülzen der Beiträge oftmals notwendige Streichen der Beiträge zu verhindern, verpflichten sich die Mitglieder, streng darauf zu achten, daß auf jedem Bau wenigstens ein Baudeputier vorhanden ist, der an jedem Sonnabend die Beiträge einsammt und den Kollegen die Marken zusellt. Um ein, solidarisches und friedliches Zusammenarbeiten auf den Baustellen zu ermöglichen, sind die Mitglieder anderer Zweigvereine verpflichtet, den jeweiligen Baudeputier ihre Mitgliedsbücher auf Verlangen zwecks Kontrolle vorzugeben. Dann teilt der Vorstand vom 1. März ab zu zahlen hat, am Sonnabend nicht ausgezahlt werden konnte, da unserem Bauführer nach den Ausführungen des Zweigvereinsvorstandes nicht das Recht der Auszahlung zusteht, sondern daß unsere Kollegen sich die Unterstützung vom Zweigvereinsbüro abholen müssen. Nach Ichsfelders Diskussion nahm die Versammlung folgenden Antrag an: "Da wir aus der Volksliste noch einen Zusatz von 30,- pro Tag zahlen, protestiert die Versammlung gegen die Bestimmung des Zweigvereins und beantragt unseren Bauführer, den vollen Beitrag an unsere freien Mitglieder auszuzahlen." Des weiteren teilte der Vorstand mit, daß unsere Sektion bei der Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz seitens der Zweigvereinsversammlung nicht berücksichtigt worden sei, woraus wir wohl die Lehre ziehen müssen, bei der nächsten Gelegenheit die Wahl unserer Delegierten selbst vorzunehmen. Diesen letzten Ausführungen stimmte die Versammlung einstimmig zu.

Demutin. Endlich ist es auch hier gelungen, einen Zweigverein des Verbands in Leben zu rufen. Dies konnte freilich nicht gelingen, ohne die Gemüter der bisherigen Maurer noch einmal über den alten Streit über die beste Organisation, der freilich durch Taufachen längst zu Gunsten des Zentralverbandes entschieden ist, aufs heftigste zu erregen. Um die Errichtung eines Zweigvereins in die Wege zu leiten, fand Sonntag, 6. März, eine öffentliche Maurerversammlung statt, die von 50 bis 60 Kollegen besucht war und einen interessanten Verlauf nahm. Als Referent war vom Zentralverband Kollege Schauer aus Stettin anwesend und von den Vorständen waren Schulz und Baetrow aus Stralsund und Meißner aus Berlin erschienen. Nach Meinung des letzteren beloten wir, b. h. die Verbandsleiter, nicht genug den Klästenkampf, verlaufen die Bewegung durch den Abschluß von Arbeitsverträgen und verunsichern sie föhlisch durch die Einführung von Unterstützungen der verschiedensten Art. Nach Baetrows Ansicht, der schon zweimal Mitglied unserer Organisation war, terrorisierten wir die Mitglieder der Volksorganisation und auf Verbandsstagen hätten die Mitglieder "Rück zu leggen". Ferner hätten wir eine feste Norm in den Beiträgen. Von den anwesenden Demminer Kollegen, auch von den früheren Mitgliedern des Fachvereins, wurde nur für Anfang an den Verband gesprochen. Maddem nun Schauer auf die Ausführungen geantwortet, wurde die Gründung des Zweigvereins beschlossen. Die anwesenden Vorstände sind nicht zu überzeugen, und wo Taufachen sprechen, da führt der Aufenkuf: "Werst's ab, es bleibt nicht so." Aber ob der "ideale Zentralverband" bei einer schlechten Konjunktur mehr anhaltet, bleibt man zu beweisen faulig. Wie lang werden die lokalen Zentralisten noch Existenz nach Vorwürfen tragen? Lieber zwei Jahre hat man geschlagen und jetzt, wo der Wind stärker weht, da läuft man aus nach, um seine höhere Weisheit leuchten zu lassen. Den Vorstand des Zweigvereins bildeten:

Carl Maatz und Carl Elitzik, Vorsitzende; Hermann Walter und Adolf Siewers, Kassierer; Bernhard Schwarz, Schriftführer; Gustav Grifel, Max Schröder und Richard Wenz, Bevollmächtigte. Die nächste Versammlung ist am 27. März 1904 bei Sparte. Beiträge werden außer beim Verkauf des "Grundstein" jeden Sonnabend im Verkehrslokal entgegengenommen. Es liegt nun an den Denninger Kollegen, den Zweigverein zu einem harfen Gliele des Ganzen zu machen.

Hamburg. Die Sektion der Gemeinerbeiter hielt am 6. März eine Mitgliederversammlung bei Bohnslac ab. Bündest verlas der Vorsitzende den Jahresbericht, wonach die Sektion etwa 90 Mitglieder zählt; das ist ungefähr die vierte Teil von allen in der Gemeinde beschäftigten Personen. Kollege Koch fordert die Mitglieder zu reicher Agitation auf, um der Sektion recht viele neue Mitglieder hinzuzuführen. Zur Maifeier führt Kollege Koch aus, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes sei, an diesem Tage auf dem Posten zu sein, da er auf einen Sonntag falle und ihm somit der demonstrative Charakter genommen sei. Der Antrag, eine Tafel zur Maifeier anzuschaffen, wird angenommen. Da das Verhalten des Kollegen Rohrbach schon in mehreren Versammlungen gerügt worden ist, ohne eine Aenderung herbeizuführen, beantragt Koch, Rohrbach einmal vor den Vorstand zu laden. Weiter wird beschlossen, bei der Hauptkasse soll wohl heißen: Zweigvereinsvorstand. Die Red. einen Antrag auf Bewilligung von § 50 zu unserem Stiftungsfeiertag auf stellen. Es wird hierauf über die Mängel in der Kunststeinfabrik Kielheim in Altona gesprochen. Besonders lobhaft geflagt wird über das Verhalten des "Vize" Büdries. Die Behauptung, die dieser seinen Arbeitskollegen zu stellen verläßt, gleiche einer Buchtausbehandlung, nicht einmal das Sprechen sei erlaubt. Das sich so ein Arbeiter seinen Kollegen gegenüber als "Meister" und "Trotter" ausspielen könne, habe seinen Grund darin, daß weder der "Vize" noch die Mehrheit der übrigen Arbeiter organisiert sei. Es sei also auch hier noch viel Agitationssarbeit für die Kollegen vorhanden. Zum Schlus fordert der Vorsitzende die Mitglieder auf, sich in die Wahlerräumen zu den Gewerbegerichtshäusern einzutragen zu lassen.

Kattowitz. (Werichtigung.) In dem Bericht ist Nr. 10 des "Grundstein" über die moderne Bautechnik u. v. insoweit ein Artikel unterlaufen, als die Peileiter resp. Pfusarbeit nicht vom Polier Preiß aus Bielsko, sondern vom Polier Wache aus Bittenberg ausgeführt worden sind, und nicht Preiß, sondern Wache der Unternehmer gewesen ist.

Krippen i. Sa. Sonntag, den 6. März, fand hier im Rathaus zum "Erbgerecht" eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Der Einfluß der Berufsverbände auf die Lebenshaltung des Arbeiters", hatte der Zimmermeister Oehmann aus Dresden das Referat übernommen. In längeren Ausführungen zeigte der Redner die Entwicklung der einzelnen Organisationen. Durch immerwährende unermüdliche Agitation sei es gelungen, die anfangs nur wenig Mitglieder zahlenden Zentralverbände zu ihrer jetzigen städtischen Stärke auszubilden und sie so auszugestalten, daß sie auf die bessere Gestaltung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder einen wesentlichen Einfluß auszuüben vermöchten. In seinen weiteren Ausführungen schilderte Redner dann, wie die Kämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur Erringung besserer Löhne und allgemeiner Arbeitsbedingungen, wobei er auch auf die Dresdener Lohnbewegung im vorherigen Jahre zu sprechen kam. Hier habe es sich ganz besonders gezeigt, daß man nur durch eine starke Organisation etwas erreichen könne. Um Schluß seines Vortrages forderte der Referent die Anwesenden auf, in der Agitation für den Berufsvorstand nicht zu erlahmen, sondern sie energetisch fortzusetzen, bis auch der letzte Mann sich seiner Organisation angeschlossen habe. Anschließend an das Referat gab Kollege Liebischer aus Dresden ein anschauliches Bild von den Erzeugnissen, die der Zentralverband seit seinem Bestehen für die Mitglieder erlangt hat. Die Ausführungen beider Redner wurden mit großem Beifall von der Versammlung aufgenommen. Die weitere Debatte zeigte vor allem, welche Verbesserungsbefürchtungen Verhältnisse im bietigen Bau gewerbe vorhanden sind. Es wurde festgestellt, daß überall noch die eiszeitliche Arbeitszeit besteht und im Hochsommer Löhne von 30,- und darunter gezahlt werden. Es wurde weiter konstatiert, daß der Lohn im Herbst und Frühjahr, wenn die Tage kürzer sind, auf 26 und 27,- herabgesetzt. Diese Verhältnisse bestehen schon seit zehn Jahren, obwohl jemals der Versuch unternommen worden wäre, sie zu ändern. Durch die fortwährende Agitation sind nur die Kollegen aber doch zu der Erkenntnis gelommen, daß eine Aenderung dringend notwendig ist. Dies zeigt sich vornehmlich in dem starken Zuspruch an Mitgliedern, die die Organisationen in dieser Gegend in der letzten Zeit gewonnen haben; auch in dem guten Versammlungsbesuch, tam diese Tatsache zum Ausdruck. Es waren circa 100 Berufskollegen aus einem Umkreise von 1½ Stunden herbeigekommen, um der Versammlung beizuhören. Bleibt dieser gute Geist bestehen, und es wird weiter für die Errichtung der Organisationen agitieren, dann ist auch die Zeit nicht mehr fern, wo bessere Verhältnisse eingeführt werden können.

Magdeburg. Montag, den 7. März, fand im Dreifaserbund eine öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter statt, um Stellung zu nehmen zu dem Verkauf des bis dahin gesetzten Berufes der Unternehmer Dr. v. B. und Engelm. i. a. n. Der Vertrauensmann der Maurer berichtete über den Verlauf der Sparte, daß die Kollegen bis heute noch nicht zu ihrem verdienten Lohn geführt sind, da der Unternehmer Dr. v. B. das Öffnungsdatum gekreist und sein Vermögen mit 3,- angegeben habe. Am 26. Februar ist der Bau im Subsistenzverkauf und jetzt endgültig in die Hände des Unternehmers Wille übergegangen, was dieser dem Kollegen Schleier förmlich mitgeteilt hat, mit der Aufforderung, die Sparte über seinen Bau aufzugeben, wobei ebenfalls er flagbar werde. In der Diskussion betraten sämtliche Redner den Standpunkt, daß an ein Aufheben der Sparte nicht zu denken sei, und wenn der Bau noch öfter in andere Hände übergehe, die Arbeit sei an dem Bau geleistet und müßten wir uns deshalb davon halten, von den vorgesetzten Strohmännern sei doch nichts zu hören. Wille habe ganz genau gemuht, welche Lohnforderungen noch auf dem Bau ruhen, er habe ihn trotzdem gekauft und sei nun auch verpflichtet, den Kollegen den Lohn zu zahlen. Folgender Antrag fand einstimmige Zustimmung: "Die Sparte über den ehemaligen Bau Dr. v. B. und Engelm. steht Wille, bleibt so lange bestehen, bis der restierende Lohn gezahlt ist." Weiter wurde schriftl. gesagt, daß die Kollegen auf

verschiedenen Bauten ihre Zustimmung gegeben haben, die festgelegte Arbeitszeit zu verschieben, die Vertragsleute werden beauftragt, energisch dagegen einzutreten und die Kollegen zur Einhaltung der Arbeitszeit zu veranlassen. Auch soll die Wochentabelle auf den Bauten strikt durchgeführt werden.

Mittweida. Am 28. Februar fand hier eine Versammlung der Einzelmitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt, die leider nur sehr schwach besucht war. Drodos hier über 50 Mitglieder vorhanden sind, waren nur 12 davon erschienen, die übrigen halten es nicht für nötig, in die Versammlungen zu gehen, obgleich der Wohlstand hier so viele sind, daß es einmal notwendig wäre, sie in einer stark besuchten Versammlung zu begeistern und Mittel zu ihrer Abteilung ausfindig zu machen. Da aber unter den hierigen Kollegen jeder starke Zusammenhang fehlt, der sie zu energischem Vorgehen befähigt, so machen die Unternehmen, was sie Lust haben, sie seien die Löhne nach ihrem Belieben fest und auf dem Gebiete des Bauarbeiterrechtes lassen sie es geben, wie es eben gegen will, die Gesellen sind mit allem zufrieden und wagen es nicht einmal, sich gegen die schlimmsten Mängel aufzulehnen und ihre Astellung zu fordern. Um nur ein Beispiel anzuführen, sei auf den Neubau des Unternehmers Reichenmann in der Lutherstraße hingewiesen. Die Baubüro, die man hier für die Arbeiter bereit gestellt hat, ist geradezu ein Höhn auf einen Untersuchungsraum. Der Fußboden der Baubüro liegt noch niedriger als das angrenzende Terrain und ist weder gedichtet noch gesflastert, so daß es bei Regenwetter eine einzige große Schlammfußbahn bildet, in der man sich Hals und Beine brechen kann. Der Ofen steht in dieser sonderbaren Baubüro ebenfalls. Das Dach ist mit alter durchlöcherte Pappe gedeckt, durch die der Regen überall wie durch ein Sieb durchlaufen kann. Die Seitenwände sind ebenfalls sehr mangelhaft, da überall die nötige Verschalung fehlt. Und in dieser traurigen Rude müssen die Arbeiter in der Mittagspause oder bei zeitweiligen Regen ihre Unterkunft nehmen. Der Abort ist höchstens vier Schritte von der Rude entfernt und entspricht auch nicht im entferntesten den sanitären Vorschriften. So sieht es bei diesem Unternehmer im Punkte des Arbeiterschutzes aus und bei allen diesen jämmerlichen Zuständen erlaubte sich auch der Unternehmer noch die Freiheit, den Stundenlohn im Winter von 38 auf 32,- herabzusetzen. Sagt einer mas über diese Mängel, so heißt es: "Sehen Sie Ihrer Wege, wenn es Ihnen nicht paßt." Ähnlich jedoch liegen die Verhältnisse an allen Unternehmen in Mittweida.

Naunhof. Sonntag, den 21. Februar, tagte im "Schlosshause" unserer regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Vorstand des Zweigvereins hat an die Unternehmer die Frage gerichtet, ob sie gewillt seien, zwecks Fehlführung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit uns in Verbindung zu treten. Darauf lief am 26. Februar, also nach der Versammlung, ein Schreiben des Herrn Maurermeisters Kellermann beim Kollegen Erosowski ein, worin er im Einverständnis mit den Herren Sittel & Regel erfuhr, die Lohnförderung und die Arbeitsbedingungen schriftlich einzufordern. Diesem Wunsche wurde natürlich Folge gegeben und wünschen wir, daß die angekündigte Verhandlung einen guten Abschluß finden möge. Um die Indifferenteren dem Verband wieder anzuführen, sollen vier Kollegen eine Agitationsrede nach den umliegenden Dörfern unternehmen, da sich die Unternehmer hauptsächlich auf die Indifferenteren stützen. Da sich die Haustaffierung auch nicht besser befindet, als untere alte Zahlungsmethode, wohl aber bedeutend teurer wird, so sollen von jetzt an Tagtage, verbunden mit Morgensprache, und zwar jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jeden Monats, eingeführt werden. Nach regelmäßigen Versammlungsbefreiungen wollen es sich zur Pflicht machen, die häufigen zum regeren Besuch der Versammlungen zu ermuntern.

Nienstadt i. S. Nach langen Bemühungen ist es uns gelungen, ein Lotal zur Abhaltung von Versammlungen zu gewinnen, so daß am 8. März hier die erste Bauhandwerkerversammlung in Müllers Restaurant stattfinden konnte. Kollege Mende aus Dresden berührte in einem circa 1½ stündigen Vortrage die schlechten Lohns und Arbeitsverhältnisse im bietigen Baugewerbe, während der Zimmermeister über die Notwendigkeit der Organisation referierte. In der Diskussion sprachen die Kollegen Steubne und Weinert ebenfalls für den Anschluß an die Organisation. Offiziell werden die lehrreichen Ausführungen der Referenten und der anderen Redner bald gute Früchte bringen. Die Kollegen, die jetzt schon den Berufswahl angeben, werden aufgerufen, mit zu agitieren für unsere Organisation und den Wirt zu unterstützen, damit uns auch ferners das Lotal offen bleibe. Wenn jeder seine Pflicht tut, werden wir das Lotal bald erreichen.

Neustettin. Sonntag, den 6. März, tagte in Stolpe Lotal eine Mitgliederversammlung, die sich einen guten Besuches zu erfreuen hatte. Ein Antrag, die Haustaffierung einzuführen, wurde abgelehnt, weil die gute Art, zu tausieren, ja sehr gut bewährt habe, jedoch wurde es dem zweiten Kassierer aufgegeben, einige Neuanstalten in ihrer Wohnung auszuführen und dort die Beiträge entgegenzunehmen. Lebten andere Blätter, "Wohlfahrt", entwarf sich eine lebhafte Debatte, die Lohnumfrage gab bekannt, daß die Unternehmer noch nicht geantwortet hätten, obgleich es bis anfangs Februar Antwort verschrieben hätten. Deshalb wurde die Kommission beauftragt, nochmals vorstellig zu werden. Hierauf machte Kollege Dahlenburg bekannt, daß in Neustettin ein Arbeiterbildungsverein gegründet werden solle, er erfuhr die Kollegen, demselben beizutreten. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen die Kollegen Barz, Börsig, Schleier und Bülger für den Verein und wurde gewünscht, daß alle Kollegen denselben beitreten möchten, da der Verhältnisse wegen keine Barteorganisation gegründet werden könne. Es ist bedauerlich, wie wenig noch in Neustettin die Parteipresse gelesen wird. Nur zwei, sage und schreibe zwei Exemplare des "Volksboten" sind in Neustettin abonniert, davon ein Exemplar von einem Maurer. Wir hoffen, daß zum 1. April hierin Wandel geschafft wird, damit auch in Neustettin die Sonne der Aufklärung zu scheinen beginnt.

Odenburg i. Gr. (Jahresbericht.) Zu Anfang des Jahres sah die Sache des Zweigvereins recht trübe aus.

Auch im Laufe des Sommers trat keine Besserung ein; erst im dritten und vierten Quartal wachten die Maurer auf. Durch die rege Agitation einzelner Kollegen und auch durch die Mithilfe des Gauvorstandes hatten wir im Anfang des Jahres 85 bis 40 organisierte Kollegen am Ort. Am Ende des Jahres dagegen hatten wir einen Mitgliedsbestand von circa 190 von 250 am Orte wirklich vorhandenen Maurern. Außerdem arbeiten noch ein paar ungelehrte Arbeiter hier als Maurer, allerdings nur als Lohnbrüder. Es bleibt also immerhin noch ein gutes Teil Arbeit für die organisierten Kollegen zu tun übrig. Auch der lebse Mann muß für die Organisation gewonnen und erhalten werden, wollen wir unsere Lage endlich einmal verbessern. Wie sehr dieses nötig ist zeigen uns die heutigen Steuern, Lebens- und Gebrauchsmittelpreise. Vielen und. Das haben die Maurer am Ort nun wohl auch nachgegraben begriffen, daß ein kleinenlohn von 85 bis 40,- pro Stunde durchaus ungerecht ist; denn wenn andere Leute froh sind, an einem freien Tage auszurücken und neue Kräfte sameln zu können, muß der Odenburger Maurer Steuern aus Land, um das, was er in seinem Beruf nicht zum Lebensunterhalt verdienst, kann zu erwarten. Da er dort noch länger und bedeutend intensiver schuftet muß, braucht wohl kaum erwartet zu werden. Er ist auch deshalb gezwungen möglich weit aus der Stadt herausziehen, und so hat man dann statt der täglichen gehörigen Arbeitzeit mit dem Sinn und Glückweg, eine jolche von 12, 14 und 15 Stunden. Nun ist der Verlust gemacht worden, in eine Lohnbewegung eingetreten. Um und nicht den Vorwurf einer "überzähnten Forderung" machen zu lassen, beabsichtigen wir nur die Einführung eines Minimallohnes von 45,- pro Stunde; Jungs und ältere Gesellen 40,- pro Stunde, zahlbar ab 1. Mai 1904. Verhandlungen darüber sind durch den Gesellenausschuß bei der "Baumühle" beantwortet und sollte diese Sache bis zum 1. Mai 1904 bereit sein. Eine Verständigung kam bis Ende vorigen Jahres noch nicht zu stande. Wohl erklärte die Innung im Dezember von dem benötigten Termin an den Klassenlohn, welcher jetzt bestellt, um 2,- pro Stunde aufzufestsetzen. Dieses Angebot konnte aber der Gesellenausschuß nicht aufnehmen und die gesamte Kollegenenschaft hat sich in einer späteren Versammlung damit begeistigt, aber noch nicht endgültig entschieden. Über die Klassenverhältnisse wäre noch folgendes erwähnenswert: Für die Hauptklasse betrifft die Einnahme M. 1025,96. Die Totalkasse hatte mit dem Klassenlohn von 1902 eine Einnahme von M. 412,02 und eine Ausgabe von M. 262,92, so daß am Schluß des Jahres ein Verlust von M. 149,10 verblieb. Bei bemerkenswerten noch, daß seit dem 1. September v. d. die Haustaffierung und "Grundstein" Kolportage eingeführt ist, welche sich allem Anschein nach sehr gut behält. Gerade das letzte Jahr zeigt den Maurern Odenburgs gezeigt haben, daß es nur auf dem jetzt beschrittenen Wege möglich ist, unsere Lage zu verbessern.

Ruhorst. Sonntag, den 21. Februar, fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Lübbking aus Eisen referierte über das Thema: "Was wir wollen". Er führte aus, daß schon sehr viele Kollegen aus dem Verband ausgetreten wären, denn er meinten, es hätte doch keinen Zweck, noch längere Beiträge zu zahlen, sie würden doch nie einen höheren Lohn erhalten. Reder führte an, daß der Zentralverband kein Automat wäre, in dem man oben die Beiträge hineinbezahle und dafür unten gleich eine Lohn erhöhung heraushebe. Der Zentralverband sei hauptsächlich dafür geschaffen, sich einen guten Kriegsschlag zu bilden, damit wir, wenn uns die Unternehmer einen Streit spielen wollten, ihnen dann die Strenge bieten könnten. Kollege Lübbking schüttete dann die traurigen Verhältnisse am hiesigen Orte. Er meinte, die Maurer müßten sich jähren, in einem solchen Industriebezirk noch für 40,- 2,- pro Stunde 12 bis 14 Stunden täglich zu arbeiten. Dieses müßte absolut anders werden, denn es wäre die höchste Zeit, daß die hiesigen Unternehmer auch einmal die Macht des Zentralverbandes spüren. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Klump und Heltens. Kollege Heltens betonte, daß es Pflicht eines jeden Maurers sei, fleißig zu agitieren, und zwar überall, wo sie mit indifferenteren Kollegen zusammenkommen, damit diese sich auch in den Zentralverband einfügen. Kollege Krämer noch einen warmen Appell an die neu aufgenommenen Mitglieder, jetzt auch dafür zu streben, daß sich immer mehr Kollegen uns anschließen. Mit einem Huch auf den Zentralverband der Maurer wurde die Versammlung geschlossen.

Baudsberg. Am 6. März fand hier eine gute besuchte Mitgliederversammlung statt. Da die Löhne hier sehr schlecht sind, wurde beschlossen, den Unternehmern eine Forderung auf 35,- Stundenlohn, für Junggesellen 32,- pro Stunde zugehen zu lassen. Nachdem dann noch darüber gesprochen worden war, wie es am besten möglich sei, alle hier- und in der Umgegend wohnenden und arbeitenden Maurer dem Verbande zugänglich zu machen, wurde die Versammlung geschlossen.

Allerlei „Christliches“

Aus Frankfurt a. M. wird uns berichtet: Vor langer Zeit wurde uns aus Unternehmerkreisen wiederholt die faum gläubige Mittelstellung gemacht, die wir ersten Diskussions für unverständlich hielten, daß sich eine christliche christliche Bauarbeiterorganisation (wir wissen nicht, ob am Orte mehrere existieren), wenn auch nicht offiziell, so doch im geheimen mit dem hiesigen Verband baugewerblicher Unternehmer verbündet habe, um gemeinsam zukünftigen Lohnbewegungen entgegenzuwirken. Zur Bekündigung wurde gesagt: Da eine Einigung zwischen dem Verband baugewerblicher Unternehmer und dem Zentralverband der Maurer Deutschlands im vorherigen Jahre nicht erzielt worden sei, beschäftigen die Unternehmer in diesem Jahre eine erste Bauarbeiterbewegung und eventuell einen Streit. Auch mit der in Frage kommenden christlichen Organisation sei damals unterhandelt worden und zwar noch nachträglich, als bereits die Unterhandlung mit dem Zentralverband der Maurer geschiedet sei, und bei dieser Unterhandlung sei dann der erwähnte Raft geschlossen worden. Es wurde dann weiter gesagt: Der Standpunkt, den die christlichen Organisationen in allgemeinen und besonders bei Lohnbewegungen einzunehmen, gegenübert den Zentralverbänden der freien Gewerkschaften, sei auch den hiesigen Unternehmern

bekannt. Sollte sich die christliche Organisation auch hier in Frankfurt a. M. dazu bereit erklären, diefele Tafel zu besetzen, so sei mir nicht abgeneigt, Begründnisse zu machen. Die christliche Organisation sei auf dies Angebot der Unternehmer eingegangen, und hätte sie auch verpflichtet, bei einem ehemaligen Streik „Arbeitswillige“ herzustellen. Um nun in aller Ruhe freizusetzen, die Sache durchzuführen, zu können, sei ein gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis geplant unter Leitung der christlichen Organisation. Soweit das damals uns von mehreren Seiten zugebrachte Mitteilung. Wir haben sie damals ins Reich der Fabeln und einer überstiebenden Phantasie verwiesen, trotz aller gegenwärtigen Verneinerungen, und dabei herzhaft gelacht. Die Vindictivität christlicher Arbeitgeber mit den baugewerkschaftlichen Sparmaßnahmen in Frankfurt zur Unterbrechung der organisierten Baumarkt war für uns ein unabkömmlicher Gesang. Wir hielten eine solche „christliche Moral“ denn doch für unmöglich. Nachdem nun die Sache mehrere Wochen geschriften zu, doch uns auf obengenannte Mitteilungen zurückkam. Das Schreiben lautet:

Frankfurt a. M., den 9. Februar 1904.

Herrn ...
Unternehmer teilt im Namen der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. des Centralverbandes christl. Maurer ergeben mit, daß dieselbe einen Arbeitsnachweis für Maurer in Frankfurt und Umgegend errichtet hat, und ersucht höchstlich, bei Bedarf von Arbeitsschäden an umstehende Unternehmen wenden zu.

Mit größter Hochachtung etc. Ihr. Be d e r .
Adress: Arbeitsnachweis Dompfleg 6, hier.

Der Tojo Becker, der den Unternehmern seinen Arbeitsnachweis am Dompfleg anreicht, ist der Bezirksvorsteher der christlichen Bauhandwerkerorganisation. Die Mitteilung über die Errichtung des Arbeitsnachweises soll allen Unternehmern angezeigt werden. Ob man mit der Verwendung dieser Auskunftsfrage der Arbeitgeber erst beginnen soll oder ob er schon perfekt geworden ist, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen. Becker hat auf einen diesbezüglichen Artikel unseres Zweckvereinsvorsitzenden Wilhelm Schneider in der „Volksstimme“ folgende Erklärung veröffentlicht:

Soeben von einer Agitationstage zurückgekehrt, finde ich die Nr. 86 der „Volksstimme“ mit einem von Wilhelm Schneider unterschriebenen Artikel unter der Überschrift „Die christlichen Betrater an der Arbeit“. Ich erkläre, daß ich es unter meiner Würde halte, auf die in dem Artikel enthaltenen gegen meine Person und meinen Verband gerichteten Verdächtigungen überhaupt etwas zu erwiedern. Ich behalte mir vor, die Sache auf eine andere Art und Weise klarzustellen. Mit den einen guten Rat möchte ich Schneider geben, sich bei dem Verband baugewerblicher Unternehmer selbst zu erkundigen.

des Centralverbandes christlicher Maurer.

Das sind ja recht hochdrückende Worte, aber damit kann die Angelegenheit nicht als erledigt betrachtet werden. Herr Becker gibt unserem Kollegen Schneider den Rat, beim Unternehmerverband Erklärungen einzuziehen. Das wäre in diesem Falle so viel, als wollte man den Teufel über seine Grubmutter ausfragen. Uebrigens ist der Vorsteher des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Bauhandwerk in schlechter Stellung für Herrn Becker. Nur der Kirchliche in Friedberg i. H. abgesetzte Generalversammlung des Unternehmerverbandes hat nämlich der Vorsteher nach einem Bericht der Frankfurter Volksstimme von einer Einigung mit dem christlichen Bauhandwerk er gesprochen.

Nach all den die Arbeiterbewegung ins Gesicht schlagenden Taten des „christlichen Brüder“ in Rheinland — Düsseldorf, Köln, Solingen — geben wir auf die Reden und Erfahrungen des Käufers der christlichen Bauhandwerker in Frankfurt a. M. keinen Pfifferling. Aber auf keine und seiner Genossen Taten werden wir allzeit ein wachsame Auge haben. Unsere Kollegen aber werden sich immer wieder verstödet fühlen, alljährlich ganz energisch für die weitere Stärkung unseres Verbandes zu agieren, damit sich alle unsere Freunde die Köpfe an unserer Organisation eintunen.

Einen schönen Erfolg haben die Christlichen laut Bericht in der „Baugewerkschaft“ in Solingen errungen. Die Herren haben dort mit dem „Arbeitgeberverband“ einen Vertrag auf der Grundlage der von uns im vorigen Jahre aufgestellten Forderungen abgeschlossen. Ob der festgestellte Stundenlohn als Höchstlohn oder Mindestlohn festgesetzt soll, wird nicht gesagt, jedoch nur man so, als ob die Unternehmer ihr Verlangen, den Lohn als Höchstlohn festzusetzen, aufgegeben haben. Der genaue Inhalt des Vertrages ist uns bis heute nicht bekannt geworden, wir geben deshalb der Vermutung Raum, daß die Christlichen ihrerseits den Höchstlohn anerkannt haben. Über die Abschließung des Vertrags an sich wäre nun weiter nichts einzutunen (wir stehen bekanntlich seit Jahren auf dem Standpunkt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vertraglich festzulegen), wenn nicht die besonderen Umstände, unter denen der Vertrag zustande kam, uns dies nötigen. Der Vertragschreiber der „Baugewerkschaft“ Schmidt-Dohm oder Göbbhardt (Cöln) gibt etwas zur „Aufklärung“ an, was das vielleicht richtige Verhältnis der Christlichen gern beleuchtet. Hören wir ihn selbst:

Bekanntlich wurde im Vorjahr von der „freien“ Gewerkschaft der Maurer eine Lohnforderung gestellt, von 47 und 50,- pro Stunde. Diese brachte kein Resultat, infolgedessen kam es zum Streik. Unser Verband wurde erst gar nicht zu Rate gezozen, obwohl er die Majorität organisiert hatte. Schon eine ehrliche Tafel. Derselbe reichte dann ebenfalls dieselben Forderungen ein und es kam auch zum Auseinander, woran nun die beiden Streitparteien vereinigten.

Als ich diese Säge in der „Baugewerkschaft“ las, fragte ich mich unwillkürlich, wie ist es nur möglich, daß ein Mensch, der sich noch dazu Christ nennt, so kolossal liegen kann. Die Wahrheit ist, daß unsere Organisation im Sommer vorigen Jahres eine öffentliche Versammlung einberief, wo ich über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und ihre eventuelle Verbesserung referierte. Zur dieser Versammlung waren die Christlichen gegen uns gebeten worden die Erklärung ab, mit uns gemeinsam Forderungen einzureichen. Dies ist dann auch geschehen! In mehreren gemeinsamen Versammlungen, wo Schmidt-Dohm vom christlichen Verband und ich anwanden waren, wurde zu der ablehnenden Antwort der Unternehmer Stellung genommen, und erst als durch die gemeinschaftlich von den Kollegen Menzel resp. Wolfgang (Centralverband), Vid (christ-

licher Verband) und Engler (Bauhüttsarbeiterverband) betriebene Bautagitation die große Mehrzahl der in Betracht kommenden Arbeitnehmer organisiert waren, ist in einer gemeinschaftlichen Versammlung der partikulär Streit beschlossen worden. Warum doch nur der „christliche“ Vertragschreiber diese unausstehbare Tatsache in das Gegegn zu umzulenzen? Einfach aus dem Grunde, weil sonst das vollständig ungerechtfertigte Vorgehen der Christlichen bei Bekämpfung des Streiks sowohl wie bei der Abschließung des Vertrages gar zu offensichtlich wäre, wie wir weiter unten sehen werden.

Machen in der „Baugewerkschaft“ die Abrechnung der Unternehmer, den Mindestlohn anzuerennen, und ihre Begründung dazu, sowie die Entwicklung des Kampfes weiter geschildert werden ist, kommen folgende Sätze:

Ein anderer Umstand trug wesentlich zur Verhinderung der Gegenseite bei, nämlich das geradezu unqualifizierbare Verhalten und Benehmen des Gauleiters des freien Verbandes in einer Sitzung gegenüber den Unternehmern. Überhaupt hatte das Auftreten unseres Bruderverbands oft ein eigenartliches Gerücht; es wurden sogar von leitenden Personen Aussprüche gebraucht, wie: „die Christlichen müssen von der Bildfläche verschwinden“, „was brauchen wir die“ usw. So sprach sie sich denn auch das Verhältnis zwischen beiden Verbänden; oft hatte es fast den Anschein, als kämpfe man mehr gegen uns als gegen die Unternehmer.

Worin bestand, denn das „unqualifizierbare Verhalten und Benehmen“ des Gauleiters des freien Verbandes gegenüber den Unternehmern? Genauso darin, daß er die berechtigten Forderungen des Streifenden in bedrohlichen Worten den Unternehmern zur Annahme empfahl und die manchmal ganz hofflosen Einwendungen der Unternehmer in sichtlicher Weise zerstürzte. Oder sollte der Gauleiter des freien Verbandes es so machen, wie der christliche Gauleiter mittam seinen Kollegen, die dasaßen, als wenn ihnen die Hühner das Brod genommen hätten. Sie überstiegen zu dem Vertreter des freien Verbandes die Begründung der Forderungen. Hätte auch dieser geschwiegen, dann hätte ja niemand die Forderung vertreten. Und vor waren die leitenden Personen, die den zitierten Ausdruck gebrauchten? Es ist eine Gemeinschaft sondergleicher, welche durch nichts begründeten Behauptungen in die Welt hinauszuschieben.

Während der gemeinschaftlichen Kampagne sind unsere Kollegen ehrlich bestrebt gewesen, alles Dreimende auszuschließen. Die Christlichen hätten ihr Streitbüro in demselben Hofal, wo unser Verband seit Jahren tagt, es ist also deutliche Unwahrheit, was der Arbeiterbeschreiber behauptet. Die Christlichkeit unserer Kollegen ist ihnen höchst gelobt worden. Während der ganzen Dauer des Streits hatten die Christlichen nur 4–6 Mann im Streit, mitunter noch weniger, während doch zur Erledigung aller Arbeiten (Streitposten, Bautenkontrolle usw.) mindestens 20 Mann notwendig waren. Unser Verband hatte dann auch immer 12–15 Mann zur Verfügung. Und nur seit der famose Versammlung, wo von den Christlichen der Streit aufgehoben wurde, Sonntags boten die Christlichen Mitgliederversammlung Montags erklärte der Vorsteher der Christlichen, Müller, unseren Kollegen, seine Mitglieder, wünschten für Dienstag eine öffentliche Versammlung. Diesem Wunsche fanden unsere Kollegen nach und in ihrer Christlichkeit überzeugten die beiden Christlichen, die noch am Streit beteiligt waren, die Verleitung des Flugzettels, wozu sie sich angeboten hatten. Dienstag Abend stellte es heraus, daß die Versammlung von den Centralverband organisierten Kollegen schlecht besucht war. Unsere Mitglieder haben die Christlichen stark in Verdacht, daß sie unsere Mitglieder absichtlich nicht zur Versammlung eingeladen haben. Zu dieser Versammlung war von den Christlichen Peiffer aus Düsseldorf erschienen, von unserem Gauborstand war niemand da, weil wir nicht wußten, was vorging. In dieser Versammlung stellten die Christlichen den Antrag, den Streit aufzuhören, unsere Kollegen wehrten sich dagegen. Es half nichts, mit 34 gegen 29 Stimmen beschloß die Versammlung die Aufhebung des Streits.

Nun beachte man eins. In Düsseldorf wurden die Christlichen Streifrechte, angeblich, weil wir sie an den Vorbereitungen nicht hinzugezogen hatten. Schmidt-Dohm erklärte, es überall so zu machen; alle wichtigen Fragen, betreffend die Durchführung der Forderungen usw., müssten in Sitzungen beraten werden. Trotzdem nun in Solingen keine vorherige Beratung über die eventuelle Aufhebung des Streits stattfand, wurde von den Christlichen diese so wichtige Angelegenheit in der Versammlung ohne weiteres erledigt. Dabei hatten wir gemeinschaftlich mit Christlichen die Einleitung des Streits, sowie die Tafel während des Streits immer in Sitzungen, vor den Versammlungen beraten. Wo bleibt da die Konsequenz bei den Christen?

Unwohl ist es auch, was der Arbeiterbeschreiber sagt: nur die Streitleitung und einige Zugestalte unseres Verbandes hätten Objektivität getrieben. Die Empörung über das Verhalten der Christlichen ist allgemein bei unseren Mitgliedern. Der Altkohl soll eine große, sehr schändliche Rolle gespielt haben? Doch wohl nur bei den Christlichen. Vor zirka vier Wochen hat der Altkohl noch dazu beigegetragen, daß zwei Christliche nach ihrer Versammlung gezwungen verprügelt haben.

Den nun die Unternehmer es abgelehnt haben, mit uns den Vertrag abzuschließen, so sind wir darüber nicht so sehr enttäuscht. Mit wollen wohl Verträge, aber nicht Verträge unter allen Umständen. Jedenfalls wird der Solinger Vertrag noch verderbungsbedingt sein, sonst hätten die Christlichen ihn nicht so gehalten.

Das Göbbhardt dafür eingetreten ist, um bei der Vertragsabschließung heranzutreten, trauen wir dem Jesuiten zu. Das dies aber nur ein Scheinmann war, davon sind wir ebenfalls sehr überzeugt. Gerade Göbbhardt hat noch vor wenigen Tagen bei einer anderen Gelegenheit die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn der leitende Kollege, also in diesem Faile Göbbhardt, etwas durchsetzen will, er dies auch fertig bringt. Warum, wenn er es ehrlich meint, hat Göbbhardt dies dann nicht durchgeführt? Was dann noch die Faseli, über die Mitgliederbergung unseres Verbandes betrifft, so genügt, festzustellen, daß am Jahresende unser Zweckverein in Solingen rund 100 Mitglieder zählt, von denen 74 in Solingen wohnen und arbeiten. Angenähertlich zählt unser Verein 147 Mitglieder. Die „christlichen“ haben nach unseren Ermittlungen 25 bis 40 Mitglieder.

Auf welchem Boden die Bauarbeiterchaft Solingen und Umgegend steht, wird die Folgezeiten lehren. Sobald sieht heute ich noch, daß im ganzen Bergischen Lande ein Absehn gegen die sich christlich neuernden Organisationszerplerter besteht, und daß jeder, der es ehrlich mit sich selbst und seinen Arbeitskollegen meint, eine Gemeinschaft mit solchen Menschen, weit von

sich weist. Am besten zeigt dies die große Zunahme unserer Mitgliederzahl mittler im Winter. Was sich heute noch „christlich organisiert“ nennt, sind zum großen Teil Leute, die früher unserem Verband angehörten. Sie sind teils, weil ihnen die Verträge zu hoch waren, rückständig geblieben und wegen Schulden gestrichen, und teils wegen Unregelmäßigkeiten in Gebäudelagen ausgeschlossen worden. Wegen ihrer Religion sind die Leute sicher nicht „christlich“ organisiert.

Bedenkt werden unsre Mitglieder durch verdoppelte Anstrengungen bei der Agitation dafür Sorge tragen, daß das „Haus Stein, Christen“ immer mehr zusammenhält und dann können sie sich ja mit ihrem „Vertrag“ einzufallen lassen. Dergesten befreit heute die Situation, der die Mitglieder hat. Und das sind sie wil!

Gruss Wulf.

In Duisburg lagte am 6. März eine von christlicher Seite einberufene Bauhandwerkerversammlung zu dem Zweck, einen Ortsverband zu gründen. Als Referent war der den Bauarbeitern seit langem bekannte Zittauerinister Göbbhardt aus Cöln erschienen. Der Erbauer der Versammlung, der Vorsitzende der christlichen Ortsgruppe in Bochum, machte bei der Eröffnung die Mitteilung, daß sie von vielen Mitgliedern gedrängt würden, in Duisburg eine Ortsgruppe zu eröffnen. Da die „vielen Mitglieder“ sagten, verriet der Herr nicht. Wahrscheinlich hält er sie in einem sicheren Versteck, damit sie nicht mit den „bösen Freien“ zusammenkommen. Herr Göbbhardt wollte angeblich über Christgemeinschaft reden. Die wenigen Worte, die er darüber verlauten ließ, fanden auch unser Zustimmung. Aber es dauerte nicht solange und wir freuen aus Cöln war mittler drin in dem kleinen Geschäft über die freien Gewerkschaften. Als besonders verdammtes Recht reichte Göbbhardt den Gewerkschaften an, daß sie bei der Reichstagswahl die sozialdemokratische Partei mit Wort und Tat unterstützen haben. Das größte Gewicht scheint ihm zu sein, daß der Vorsitzende des Maurerverbandes sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter ist. Von einigen unserer Kollegen wurde den „Christen“ gut gedient, es wurde ihnen nachgewiesen, daß sie nur die Gesetze der Unternehmer betreibe. Ganz plausibel wurde dann die Versammlung geschlossen, mit dem Bemerk, daß die Ortsgruppe gegründet sei. Ein Verlust war darüber natürlich nicht herbeigeführt worden. Von den 55 Versammlungsteilnehmern gehörten 30 unserem Verband an und unter den übrigen befanden sich wohl gar keine baugewerblichen Arbeiter. Die Ortsgruppe des „christlichen Bauhandwerkerverbandes“ besteht in Duisburg also nur in der Phantasie der Herren Göbbhardt und Genossen.

Die Annahme und Unverantwortlichkeit der sogenannten „Christlichen Gewerkschaften“ übersteigt alle Grenzen. In Düsseldorf existiert eine „christliche Zimmerer-Organisation“, die aus — sage und schreibe — sieben Mitgliedern besteht. Diese „Organisation“ hat sich angemahnt, den Zimmermeistern einen Tarif einzurichten, und zwar zu dem ausgeschriebenen Zweck, die Forderungen der im Centralverband organisierten Zimmerer zunächst zu machen. Dem Centralverband gehören etwa 80 pzig älter in Düsseldorf beschäftigten Zimmerer an.

Durch verschieden Machinationen gelang es den „christlichen Gewerkschaften“ übersteigt alle Grenzen. In Düsseldorf, bei der Wahl der Vertreter der Baugewerke, die Christlichen hatten ihre Wahlkreise in demselben Hofal, wo unser Verband seit Jahren tagt, es ist also deutliche Unwahrheit, was der Arbeiterbeschreiber behauptet. Diese hatten nun in der letzten Generalversammlung nichts Eiligeres zu tun, als u. a. den Antrag zu stellen, aus „Spar- und Christbrüderlichkeit“ das „Volksblatt“ (sozialdemokratisch) als Publikationsorgan nicht mehr zu benutzen, welcher Antrag auch angenommen wurde. Wie würden die christlichen Brüder über diesen Verlust war darüber natürlich nicht herbeigeführt worden. Von den 55 Versammlungsteilnehmern gehörten 30 unserem Verband an und unter den übrigen befanden sich wohl gar keine baugewerblichen Arbeiter. Die Ortsgruppe des „christlichen Bauhandwerkerverbandes“ wurde nun die Handlungswelt der „christlichen“ einer schweren Strafe unterzogen. Herr Meiss, Vorsitzender der Filiale der christlichen Maurer, versuchte die Handlungswelt der „christlichen“ zu rechtfertigen, hatte aber durchaus keinen Erfolg damit, er wurde vom Referenten, Arbeiterchefrat Paul Wolf, derartig heimgesucht, daß er wütend stand und hatte nichts Eiligeres zu tun, als einem Schöpfer die Mitteilung zu machen, dort und dort habe eine öffentliche Bauarbeiterversammlung stattgefunden, welche nicht politisch angemeldet worden sei. In seinem Eifer vergaß der gute Mann sogar, daß er sich ja selbst strafbar gemacht, falls seine Vermutung resp. Behauptung richtig gewesen wäre, hatte er sich doch als Redner an der Versammlung beteiligt. Der Liebesbündnis, den Herr Meiss uns und der Polizei geleistet, war für die Sab, denn die Versammlung war natürlich nicht angemeldet, wobon der betreffende Beamte sich recht bald nach Schluss der Versammlung überzeugte. Kann man sich etwas Niederträchtigeres denken als eine derartige Handlungswelt, und dabei klagen die „christlichen“ Brüder bei jeder Gelegenheit über den Terrorismus der bösen Verbändler. Ist es möglich, mit derartigen Personen, die eine schwere Rolle in der christlichen Bewegung einnehmen und eine solche schwere Gefunst haben, gemeinsam Hand in Hand zu gehen? Ehe man mit diesen Brüdern etwas vereinbart, muß man sie genau unter die Lupe nehmen, denn derartige Menschen sind zu allem fähig.

Bentralkrankenkasse.

Abrechnung für das 4. Quartal 1903.

(Oktober, November, Dezember.)

Gute Bestände am 1. Oktober b. J.	M. 48515,83
Brüder von belegten Kapitalien	13495,68
Gutsitzgelder	1085,
Beiträge in der 1. Klasse	M. 78602,20
" 2. "	86661,50
" 3. "	6242,85
" 4. "	1213,85
(Gehaltssteuer)	667,50
	173837,40
Gesamtleistungen von Vertragsgenossenschaften und Unternehmern	1512,16
Geschäftsgenossenschaften	10000,—
Gesamte Einnahmen für Quittungsbücher, Straf- gelder	769,17
Summa der Einnahmen	M. 248765,24

M u s g a b e .	
Für ärztliche Behandlung	M. 21404,64
für Arznei und sonstige Heilmittel	16059,65
Grauengeb:	
a) An Mitglieder der 1. Klasse M. 48435,70	
2. 44020,92	
3. 5307,65	
4. 527,-	
	93990,57
b) An Angehörige	8281,47
Grauengeb für Mitglieder der 1. Klasse M. 1875,-	
2. 2850,-	
3. 612,50	
4. 47,50	
	5385,-
Für und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	12945,12
Bürogebühren Beiträge und Entlastungsgelder	85,-
Für Kapitalanlagen	47724,48
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche M. 12297,94	
b) fachliche 8516,75	
	15814,69
Summa der Ausgaben M. 215990,57	

A b s c h l u s s .

Summa der Einnahmen	M. 248765,24
Summa der Ausgaben	215990,57
Ergebnis baren Bestand am 31. 12. 03 von	M. 82774,67

Vermögensnachweis.

Barer Bestand am 31. Dezember 1903 M. 82774,67
In Hypotheken, Sparkassen und Bankenlängen 598149,99
Dennach betrug das Gesamtbvermögen am 31. 12. 03 M. 626918,66
Nach dem Abschluß des 3. Quartals betrug daselbst 608985,89
Dennach ein Mehr am Schlusse des 4. Quartals von M. 21983,27

Am 31. Dezember 1903 zählte die Kasse 265 örtliche Verwaltungsstellen und 24961 Mitglieder.

Altona, den 18. März 1904.

Für den Vorstand: C. Reit, Kassierer.

Vorstehernder Rechnungsschluß ist von uns revidiert, mit den Rassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

Für den Aufschluß:

2. Okt. G. Lössner. S. Schulte.

In der Woche vom 6. bis 12. März 1904 sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Friedberg M. 200, Lüdenscheide 150, Leipzig-Meudnitz 100 Summa M. 450.

Zuschuß erhielten: Erfurt M. 300, Mainz 200, Dresden 200, Nürnberg 150, Dresden-Dresden 100, Pirna 100, Eggesin 75, Altenbergen 50, Uhlenkrug 50, Mölln i. Lauenburg 50. Summa M. 1475.

Altona, den 12. März 1904.

Karl Neiss, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Verschiedenes.

* Anerkennung des Buchdruckertariffs durch die Württembergische Staatsregierung. Der Vertreter der Buchdrucker in Stuttgart hat von dem königlichen Württembergischen Staatsministerium folgende Mitteilung erhalten:

Stuttgart, 18. Januar 1904.

Die Herren Unterzeichner der Einlage vom 30. Nov. berichter ich mich zugleich im Namen der mitbeteiligten anderen Königlichen Ministerien in Kenntnis zu seien, daß das Königliche Staatsministerium über die Bitte des Tarifamts und Tarif-Ausschusses der Deutschen Buchdrucker um Erlassung einer Verfügung, wonach die Herstellung amtlicher Druckarbeiten nur den der Tarifgemeinschaft Deutscher Buchdrucker angehörigen Buchdruckereien überweisen werden darf, Beratung gepflogen und es im Hinblende auf die sozialpolitisch wichtige Wirkung der genannten Tarifgemeinschaft für angemessen erachtet hat, daß die staatlichen Behörden angewiesen werden, die Herstellung amtlicher Druckarbeiten nur solchen Buchdruckereien zu überweisen, welche den deutschen Buchdruckertarif bei dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker unter schriftlich anerkannt haben, falls nicht besondere Umstände eine Abweichung von dieser Regel erheben. (Berg. B. Blatt III, Ziffer 2, Abs. 4 und 5 lit. zu der Verfügung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Abt. für die Verkehrsanstalten, des Innern und der Finanzen vom 19. Januar 1904, betr. die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen in den Departements der auswärtigen Angelegenheiten — Abt. für die Verkehrsanstalten — des Innern und der Finanzen, Reg. Blatt S. 13.) Hierbei ist das Königliche Staatsministerium davon ausgegangen, daß den bis jetzt der Tarifgemeinschaft nicht angehörigen Buchdruckereien vor Abschluß der zwischen ihnen und den Behörden bestehenden Beziehungen eine ausreichende längere Frist gewährt wird, um sich auf die Zugehörigkeit zur Tarifgemeinschaft einzurichten. Auch wird ausdrücklich bemerkt, daß die Abgabe amtlicher Drucke an Tagesschriften nicht als Vergabe einer amtlichen Druckarbeit im Sinne der zu erlassenden Anweisung zu betrachten wäre. Die einzelnen Ministerien werden die hierauf erforderlichen Regelungen je in ihrem Geschäftskreise erläutern.

Der Staatsminister des Innern.

Der Kunsthauer der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ ist vor Schred auf den Rücken gefallen, als er die Nachricht las. Er findet sie ganz unglaublich und lenkt verzweigt sie als Verschärfung der „so schon bis zum äußersten getriebenen Sozialpolitik“, oder als von einer sozialistischen Redaktion gezeichnete „feiste Ente“. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ stellt sich manchmal wirklich dümmer, als man sie einzufinden möchte. Sie hat noch nie etwas dagegen einwenden gehabt, wenn das Angelenk ist, oder Schienenlast eine

Regierung zur Anerkennung ihrer Preise veranlaßte. Deshalb soll es unglaublich sein, wenn diese Anerkennung einem von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam vereinbarten Basis zuteilt wird?

* Der Geschäftsbuchbericht des Berliner Gewerkschaftsbanques für das Jahr 1903 zeigt einen günstigeren Abschluß als die vorhergehenden. In den Kalenderjahren 1901 und 1902 waren Verluste von je etwa M. 10.000 gebucht worden — in beiden Sinne, daß die erreichten Überschüsse nicht zu den geschäftsmäßigen Abreibungen ausreichten. Auch in diesem Jahr ist ein Etat von über M. 80.000 je in Einnahme und Ausgabe und Abschreibungen im Betrage von mehr als M. 18.000, noch ein Verlust von rund M. 2000 gebucht, doch läßt die Betriebsergebnisse weitere Fortschritte hoffen. Der durchschnittliche monatliche Überlauf im Schultheiß-Restaurant und Saal geschah höchst von 237,8 Hellerster in 1902 auf 258,8 in 1903 und bleibt damit noch erheblich hinter der Zahl 274,7 in 1900 zurück. Den gestiegenen Verlust in der Herberge beweisen folgende Zahlen. Es reisten im Jahre 1903 insgesamt 16.621 Personen zu, gegen 19.930 in 1902, dementsprechend wurde die Zahl der Übernachtungen von 56.058 auf 61.290. Von den Begriffen waren wir noch, daß im Restaurant der Herberge ausgebogen wurde: für Lagerbier M. 6171, für Weißbier M. 1088, für Braunkohl M. 287, für Milch M. 860. — Nun wieder ist an die organisierte Arbeiterschaft die Auflösung zu richten, das von den Gewerkschaften geschaffene Unternehmen mit allem Nachdruck zu unterstützen. Die Verbindungen zum Gewerkschaftshaus sind günstig. Von den Bahnhofsvierraden, Schlesischer Bahnhof, Görlitzer Bahnhof und dem Bahnhof Kottbusser Tor der Hoch- und Untergrundbahnen führen elektrische Straßenbahnen bis unmittelbar an das Haus (Haltestelle Abelbergsbrücke). Neben dieser Haltestelle (A) kommen in Betracht: Haltestellen der Straßenbahn Abelbergsbrücke (B), Ecke Cöpenickerstraße (C), Ecke Oranienstraße (D), Ankenstraße Ecke Brüderstraße (E) und Kottbusser Tor (F), am zweckmäßigsten mit.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietrichs Verlag), Heft 24 des 22. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir her: Schlußsatz aus dem Zona — Die Arbeitersbewegung in Südniedersachsen und die russische Regierung. Von Clara Matlin — Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten. Ein Referat eingeleitet von F. A. Sorge (Schluß). — Der Klassenkampf in Georgien. Von W. — Die leiche Reichstagwahl in Oberfranken. Von W. Winter. — Johannes Wedd als Dichter. Von Ernst Kreowski (Berlin). — Literarische Rundschau: Rudolf Kraft, Die Opfer der Kaiserin. Von P. Kr. — Die Lage in der Seeschiffahrt beschäftigten Arbeiter. Von W. Metzger.

„In Freien Stunden.“ Illustrierte Wochenzeitung für das arbeitende Volk. Das 11. Heft bringt die Fortsetzung des Romans „Die Flusshäfen des Mississippi“ von Friedrich Gerstäder; ferner die Fortsetzung des Romans „Gabriel Lambertz, der Galererien-Sklave“ von Alexander Dumas; außerdem eine kleine Erzählung „Ein König der Hänsler“, sowie „Dies und Jenes“, „Witz und Scherz“, die den Inhalt des Hefts vervollständigen. Jedes Heft kostet 10 Pf. und ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben.

„Süddeutscher Postillon“, Verlag vom M. Ernst, München. Die Marquummer enthält u. a. die wohlgetreue Porträts der verstorbenen Reichstagsabgeordneten Franz Hoffmann und Emil Stoenow mit Necrologien. Preis der Nummer 10 Pf.

Briefkasten.

* Einbanddecken für den „Grundstein“. Kollege Aug. Friedrich in Dresden, Drogenbergsstr. 2, teilt uns mit, daß er drei Einbanddecken abzugeben hat. Inhaltsverzeichnisse sind noch von hier zu beziehen.

Wiesbaden, S. Wegen der Einberufung der Volksversammlung legen Sie doch wohl besser erst mit dem Zweigvereinsvorstand aus, bevor Sie weiteren Verfolgung der Volksversammlung gegenüber auseinander. Zur weiteren Verfolgung der Volksversammlung habe ich Ihnen den Verbandsboxstand zugesellt.

Beuthen, H. B. Da wir über den Prozeß bereits ausführlich berichtet haben, erhebt es sich wohl, noch einmal darauf zurück zu kommen, zumal in der Berufunginstanz wesentlich neues nicht zu Tage getreten und an dem Urteil nichts geändert ist.

Kattowitz, S. Wenn Sie uns wieder einmal etwas zu berichten haben, dann erläutern Sie sich doch lieber vorher danach, ob das Ihnen beigebrachte auch auf Wahrheit beruht. Wir haben nicht die geringste Lust dazu, uns wegen leichtsinniger Verleumdungen zu Unrecht angegriffenen Personen vor dem Gericht auseinanderzusetzen.

Barbara K. Verhältnis des Radius zur Wellenhöhe betreffend. Bieletzki ist Ihnen mit folgender Formel gedenkt: $R = (\frac{S}{2})^2 + h^2$

Seine und das \square der Bieletzki addiert, und die so gewonnene Zahl durch die doppelte Wellenhöhe dividiert, ergibt den Radius des Bogens. Beispiel: Die Definition ist 1 m breit und der Bogen soll 12 cm hoch haben, dann multipliziert man 50 (halbe Breite) \times 50 = 2500 (\square der halben Schne), ferner $12 \times 12 = 144$ (\square der Wellenhöhe). Weide Zahlen addiert = 2644. Diese Zahl wird durch die doppelte Wellenhöhe 12 + 12 = 24 dividiert und der Quotient (24 : 2644 = 110,16), in diesem Falle rund 110 cm, ist der gesuchte Radius.

Streikabrechnung.

Zweigverein Bromberg.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse M. 5564,60
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet „ 542,45
Summa M. 6107,05

A u s g a b e .		
Für Streikunterstützung	M. 5794,80	
Arbeitsunterstützung an obereise Streitende	101,60	
Fortbildung Angestellter	111,05	
Gehaltung des Bürgers	80,60	
Post- und Schreibmaterial	19,50	
		Summa M. 6107,05

Bromberg, den 9. Januar 1904.
Für die Möglichkeit der vorliegenden Abrechnung:
Für die Belegschaft:
Carl Schwarz, Danzig. Alwin Spalt
Für die Streikleitung:
Johann Meyer, Eduard Tura.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite steht zu M. 1,-

Berlin. (Sektion der Bürg.) Am 5. März verstarb unter Mitglied **Berthold Rose** im Alter von 47 Jahren an Darmentzündung.
Braunschweig. Am 8. März starb nach langem Leben unser langjähriger Kollege, der Maurer **Heinrich Schmidt**, an Lungentuberkulose im Alter von 48 Jahren.
Eisenach. Sonntag, den 18. März, verstarb nach kurzem Krankenlager unser junger, braver Verbandskollege **Adam Hess** in Grasdorf im Alter von 19 Jahren.

Einzu. Am 7. März ist unser Kollege **Hinrich Kreide** aus Eisenach im Alter von 57 Jahren tödlich verunglückt.

Hannover. Am 3. März verstarb unser Mitglied **Johann Wendt** im Alter von 57 Jahren.

Am 12. März verstarb unser Mitglied **Karl Schmidt** im Alter von 58 Jahren.
Swinemünde. Am 9. März starb unser treuer Verbandskollege **Max Hannemann** nach langem Krankenlager im blühenden Alter von 20 Jahren an Darmentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Grünberg i. Schl.

Der Koffersteller Gottlob Hoffmann wohnt: Scherzerdorferstraße Nr. 44. [M. 1,20]

Der Maurer **Hermann Witztum**, geboren am 4. April 1880 zu Gumbinnen, soll als Zeuge vernommen werden. Am Anfang seines Aufenthaltsortes an **Karl Krapke** in Stolberg, Hafenstr. 11, wird gebeten.

Der Maurer **Fritz Ulrich**, geboren in Nünn bei Bütow i. Medeb., wird gebeten, seinen Eltern Nachricht zu geben. [90 Pf.]

Johann Ulrich, Nünn b. Bütow.

Erkner.

Der Zweigverein feiert Sonnabend, den 19. März, sein Stiftungsfest

in Broitzs. Gesellschaftshaus. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Anfang 7 Uhr. [M. 2,10]

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik werden alte Veröffentlichungen der dem Erstellungszeit der jeweiligen Nummer des Blattes denkmal Worte bestimmt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Veröffentlichung besonders eingefügt werden und die spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unseren Händen sein.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 20. März.
Annaburg. Vormittags 11 Uhr im Bäckerei-Lokale. Das Treffen aller Kollegen ist dringend notwendig.
Gotha. Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal. Das Treffen aller Kollegen ist notwendig.
Bayreuth. Nachmittags 2½ Uhr im Restaurant „Kreuzer“. Alle Kollegen müssen anwesen sein.
Werdau I.S. müssen anwesen.

Wiesenburg, ersuchen. Wiederaufnahme der Konferenz. Wahl Zehdenick einer Dokumentation. Pauli-Eich, alter Kollege wird erwartet.

Dienstag, 22. März.
Allenburg. Abends 6 Uhr. Bericht der Wohnungscommission. Alle Wände erledigen!

Berlin. (Sektion der Gips- und Betonarbeiter) Abends 8 Uhr. Wohlgeordnete. Alle Kollegen müssen anwesen.

Wittenberg. Abends 8 Uhr in der Bäckerei. Bäckereisches Treffen ist notwendig.

Sonntag, 27. März.

Hintersee. Vormittags 11½ Uhr im Gasthof „Zum deutschen Haus“. Um zahlreiches Treffen wird erwartet.

Öffentliche Maiverversammlungen.

Sonntag, 20. März.

Orlese. Im Kaufmännischen Lokale zu Neustadt.

Fürstenwalde. Nachmittags 5 Uhr im „Schloßstall“.

Wreschenerode. Nachmittags 5 Uhr bei Herrn Böck.

Neutral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, 20. März.

Templin. Abends 6 Uhr bei Herrn Fermum. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.